

Wester-Beitung

Montag, 23. September 1920
11. Jahrg. Nummer 11

Neue vom Sonntag!

Verlags- und Druckereibetriebe
Verlag: Westfälische Dampfdruck AG
Druck: Westfälische Dampfdruck AG
Redaktion: Westfälische Dampfdruck AG

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Reichenberg Str. 60, Tel. 560 59
Postfach 514, Redaktion: Breslau 10, Reichenberg Str. 60
Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. Sonntags von 10-11 Uhr
Geldstr. 26, Tel. 4085; Opatowitz, Kopalowitz 11, Tel. 1264
G. B. Str. 6, Telefon 2384. Geschäftszeit von 8-18 Uhr. Geschäfts-
stand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schell, Verlags-Gesellschaft
m. b. H., Breslau. — Druck: „Neubau“ Berlin, H. L. Breslau, Reichenberg Str. 60

Deutsche Kriegspläne enthüllt!

Deutschnationales Angebot für ein Militärbündnis mit Frankreich gegen die Sowjetunion — Die amtlichen Stellen wußten von ihm und billigten es

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, bringt einen Artikel, der eine sensationelle Bekräftigung der Angaben der kommunistischen Partei über einen militärischen Pakt Deutschlands und Frankreichs unter der Führung Englands gegen die Sowjetunion ist. Dieser Artikel beweist ferner, daß Eugen Berg und die Deutschnationalen an Frankreich noch höhere Konzessionsangebote in der Reparationsfrage gemacht haben, als nachträglich abgeschlossen wurden, um das Kriegsbündnis mit Frankreich gegen die Sowjetunion zu besiegeln. — Derselbe Eugen Berg, der jetzt an der Spitze des Volksabgeordneten gegen die Kriegs-

deutschen und französischen Freunde englische Staatsmänner über die Entwicklung der Verhandlungen auf dem laufenden gehalten und deren Billigung gefunden. Auch haben erst kürzlich große englische Zeitungen Ausführungen von mir des Inhalts, daß England ein Interesse daran habe, sich der deutsch-französischen Kombination anzuschließen, mit großem Wohlwollen veröffentlicht. (1)

Ich meinerseits habe über die Verhandlungen lokalweise noch in diesem Frühjahr den deutschen Volkspartei in Paris, Herrn von Goesch, eingehend informiert, der mir erklärt hat, er werde meine Mitteilungen an das deutsche Auswärtige Amt weitergeben. (1)

Diese Tatsachen zeigen, wie die bürgerlichen Politiker im Auftrag der sozialdemokratischen Koalitionsregierung Tag und Nacht ihre finsternen Pläne zum Interventionkrieg gegen die Sowjetunion schmieden. Nur die größte Wachsamkeit des Proletariats wird der rückichtslosste Kampf gegen die Kriegstreiber können ihre blutigen Pläne zuflanden machen.

Die „N.N.“ schreibt: „Herr Klönne (deutschnationaler Abgeordneter und enger Vertrauter von Eugen Berg, D. Red.) reist seit dem Jahre 1920 in politischer Mission nach England und Frankreich. Er hat in zahlreichen Gesprächen mit französischen Politikern den Franzosen ein Militärbündnis und ein Zusammengehen Deutschlands und Frankreichs gegen Sowjetrußland angetragen. Er hat über dasselbe Thema mit einem hervorragenden

politische Zustände in Deutschland zu machen, als bis dahin zur Diskussion gestanden haben. Es sollte eine absolute und rassistische Interessengemeinschaft der beiden Nachbarländer Deutschland und Frankreich verwirklicht werden.

Die deutsch-französische Interessengemeinschaft soll sich gegen keine dritte Macht richten (1) (daher das Militärbündnis, D. Red.). Es soll insbesondere England der Eintritt in die Interessengemeinschaft offengehalten werden. Ich habe denn auch mit Vorwissen meiner

Lippe handelte im amtlichen Auftrag

M. Berlin, 21. September. Generalleutnant a. D. von der Lippe hat der Deutschen Volkspartei mit:

„Bezugnehmend auf die von Ihnen wiedergegebene Veröffentlichung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ stelle ich fest: Ich habe über meine Pariser Unterredungen mit französischen und englischen Staatsmännern nicht nur gemeinsam mit Herrn Arnold Reeb, den deutschen Botschafter in Paris, von Goesch, eingehend informiert, sondern nach meiner Rückkehr in Berlin auch den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Herrn von Schubert. Auch habe ich mich vor meiner Abreise nach Paris der Zustimmung deutscher offizieller Persönlichkeiten und führender Politiker zu meinen Absichten vergewissert. Ich darf Sie bitten, diese meine Erklärung zu veröffentlichen.“

beamteten englischen Politiker in Paris Besprechungen gehabt. Ein französischer General, der aus seiner Tätigkeit im Zusammenhang mit Fragen der Entwaffnung Deutschlands wohlbekannt in Deutschland ist und als ein hervorragender Kenner des angeblichen militärischen Zustands in Deutschland gelten muß, ist mit Wissen von Herrn Klönne und mit Wissen der hinter ihm stehenden deutschnationalen Hintermänner im Winter 1927/28 infolge nach Berlin gekommen, um mit den deutschen Militärs die Frage eines deutsch-französischen Militärbündnisses zu besprechen. Dieser hohe französische Offizier stand während seines Aufenthaltes in Berlin in enger Fühlung mit Herrn Klönne, der es übernommen hatte, auf hochgestellte Militärs des Reichswehrministeriums einzuwirken.“

Nach einigen Beteuerungen, daß die amtlichen Stellen keine Kenntnis von diesen Besprechungen gehabt hätten, geht die „N.N.“ weiter fort:

„Herr Klönne hat diese Besprechung im Winter 1927/28 in Berlin fortgesetzt, und zwar mit französischen in Berlin tätigen Militärs hohen Ranges. Im Frühjahr 1928 wurden diese Besprechungen nach Paris verlegt und maßgebende Politiker der französischen Reichsparteien, darunter ein bekannter ehemaliger Militär (General Walsh, der Leiter der Militärkontrollkommission, D. Red.), daran beteiligt.“

Während der Pariser Sachverständigen-Verhandlungen wurde der bekannte Industrielle Arnold Reeb, einer der Inspektoren des deutsch-französischen Antisowjetbündes, von Stresemann nach Paris geschickt, um dort die Besprechungen über das Militärbündnis fortzusetzen. In seiner Begleitung befand sich der berühmte Generalleutnant von der Lippe, der als Vertreter der militärischen Kreise Deutschlands an diesen Besprechungen teilnahm.

Die Enthüllungen der nationalliberalen Korrespondenz haben Arnold Reeb veranlaßt, der Telegraphen-Union eine Erklärung abzugeben, die in so brutal offener Weise jedes Wort über die geheimen Militärbündnisse gegen die Sowjetunion betrafen, daß sie die größte Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterchaft auf sich lenken mußten. Reeb schreibt in dieser Erklärung: u. a.:

„Meine Verhandlungen mit französischen Staatsmännern beruhten auf der Grundlage einer zu verwickelnden intimen industriellen, militärischen und politischen Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich, wie sie durch die in den Jahren 1926 und 1927 unterzeichneten Bündnisse der deutschen und französischen Industrie, der deutschen und französischen Schwerindustrie und französischen Chemiefabriken bereits angebahnt ist. Als Gegenleistungen waren die Franzosen bereit, weitestgehende industrielle, militärische und

SPD.-Reichstagsfraktion für Unterstützungsabbau!

Berlin, 23. September. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm unter Teilnahme auch der sozialdemokratischen Minister nach mehrstündiger Debatte einstimmig eine Entschließung zum Abbau der Arbeitslosenunterstützung und zur Senkung der Vermögenssteuern an. Wie zu erwarten war, kapitulierte die Sozialdemokratie auf der ganzen Linie vor den Wünschen des Trustkapitals.

In der Resolution wird der „beharrliche und geschlossene Widerstand, den Partei und Gewerkschaften in wochenlangem, jädem Ringen gegen alle weitergehenden Gesetzesänderungen und Abbaupläne geleistet haben“, begrüßt. Der Verrat der Sozialdemokraten, ihre Zustimmung zu den Schandplänen im Reichsrat und im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages, wie schon vorher in dem berühmten Sachverständigenausschuss, werden also ausdrücklich sanktioniert. Die Entschließung spricht weiter davon, daß die allgemeine politische Bedeutung, die sich aus einer weiteren politischen Zurückbildung im Kampf um die Arbeitslosenversicherung ergibt, nicht verlagert wird. Das ist der deutliche Hinweis auf die Notwendigkeit der Erhaltung der Ministerkette. Weiter heißt die Fraktion

in den Erhebungen und Bemerkungen des Sachverständigenausschusses eine Bestätigung ihrer im Reichsrat beschlossenen Auffassung, wonach die Verringerung der nach dem bestehenden Mißstände und eine befristete Vertragsverlängerung der Beschäftigung sozialer Arbeiter die Saisonarbeiterunterstützung die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung ermöglichen.“ Am Schluß heißt es: „Die Fraktion lehnt es entschieden ab, daß die Sanierung der Reichsfinanzen und der Abbau der Steuerlasten durch einen Abbau der sozialpolitischen Leistungen des Reiches erlaubt werden.“ Damit ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu verstehen, daß sie auch für den Abbau der Vermögenssteuern ist.

Trotz der verschwommenen Formulierungen des SPD-Beschlusses ist es klar, daß die sozialdemokratischen Führer mit dem Unterstützungsabbau einverstanden sind.

Jetzt darf keine Zeit mehr verloren werden. Der arme Arbeiter muß aufgerichtet werden!

Am Tage der Reichstagsöffnung heraus zu Protestkundgebungen und Proteststreiks!

Vor der Bildung der faschistischen Diktaturregierung in Oesterreich



Schober

Links: Streeruwitz

Die bürgerliche Presse meldet übereinstimmend, daß der Rücktritt des österreichischen Bundeskanzlers Streeruwitz, der als wahrscheinlicher Nachfolger wird allgemein Schober, der Arbeitermörder des 15. Juli, bezeichnet. Aber er kommt durchaus nicht etwa als Vertreter einer verschärften Auseinandersetzung der bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie — die Sozial-

demokratie begrüßt ihn, nachdem er einige Erklärungen über den „notwendigen Schutz der Objektivität“ abgegeben hat, geradezu als Verfassungsverweigerer. Sie ist bereit, sich der Schober-Regierung zu unterordnen, wenn sie nur zur Teilnahme an der Durchführung der faschistischen Umwälzung zugelassen wird. Der Berichterstatter der „Germania“ charakterisiert die Lage mit den Worten:

„Als überparteilicher Kandidat, der fast auf allen Seiten ein großes Vertrauen genießt, gilt der Polizeipräsident und frühere Bundeskanzler Johann Schober. Im übrigen ist die Atmosphäre ruhiger geworden. Die Sozialdemokratie stellt jetzt weitgehendere Zugeständnisse in der Verfassungsfrage in Aussicht. Die im allgemeinen nahesteckende Mittagszeitung „Die Stunde“ ist bereits so weit, den Verfassungsentwurf des Landbauernrat-Präsidenten erörterungsfähig zu bezeichnen.“

Das ist nicht etwa übertriebener Optimismus des bürgerlichen Blattes, hat doch der Wiener Bürgermeister Selb am 19. September in einer großen Rede erklärt:

„Daß wir jeden Vorstoß der Regierung, der geeignet ist, unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern, wohlwollend aufnehmen werden, ist selbstverständlich und liegt in der Natur der Sache. Wir werden immer verfahren, solange die Verfassung nicht so weit ist, wie es zu wünschen ist, die Sozialdemokratie in Ruhe und Ordnung zu lassen.“

Mit dieser Erklärung hat die österreichische Sozialdemokratie die Verfassungspolitik der Regierung, die die Sozialdemokratie als

Sozialdemokratie, bezüht den Arbeiterführer Schöber, an den sich die Heimwehrführer in allen Konflikten der letzten Wochen als einen ihrer wichtigsten Ratgeber gewandt haben. In der Tat, die „Atmosphäre“ zwischen dem österreichischen Sozialfaschismus und den übrigen bürgerlichen Parteien ist allerdings „beruhigt“. Was aber nicht beruhigt ist, ist die österreichische Arbeiterklasse, ist der aufstrebende Bürgerkrieg zwischen dem von der Sozialdemokratie im Stich gelassenen Proletariat und der faschistischen Bourgeoisie. Die Sozialdemokratie ermahnt die österreichischen Arbeiter, „Ruhe und Disziplin“ zu bewahren — aber im Traalirischen Semiparlament, wo der sozialdemokratische Betriebsrat schon vor längerer Zeit mit der Direktion einen Vertrag geschlossen hat, wonach Kommunisten im Betrieb nicht aufgenommen bzw. aus dem Betrieb entlassen werden sollen, in diesem Wert haben die Arbeiter spontan die Heimwehrpropaganda nicht verweigert und davon abgesehen. In Graz haben die freigewerkschaftlichen Eisenbahner eine Versammlung der selben Eisenbahnergewerkschaft gesprengt; überall fordern die Arbeiter Waffen, um sich gegen den faschistischen Terror zu verteidigen. Und wenn heute noch Hunderttausende von Wiener Arbeitern in die sozialdemokratischen Versammlungen gehen, so tun sie das, weil sie noch Illusionen über einen möglichen Kampf der Sozialdemokratie gegen den Heimwehfaschismus haben. Aber sie wollen kämpfen — und sie werden kämpfen, wenn — mit Hilfe der Sozialdemokratie — die faschistische Diktatur errichtet wird. Mag die „Atmosphäre“ zwischen den verschiedenen Gruppen der faschistischen Bourgeoisie „beruhigt“ sein — nicht beruhigt, sondern zum Kampf geübt, ist die österreichische Arbeiterklasse. Von der Klarheit ihrer Abwehr, von der entschlossenen Führung durch die kommunistische Partei, vor allem von der internationalen Solidarität des Proletariats hängt jetzt alles ab. Es gilt, durch die geschlossene internationale Abwehrfront dem Aufmarsch des internationalen Faschismus in Oesterreich entgegenzutreten.

Die Wiener Heimwehrkundgebung

Gegendemonstration der Arbeiter

(Fig. Ber.) Wien, 22. September.

In der gestern stattgefundenen Versammlung der Heimwehren auf dem Felderplatz sprach u. a. der Bundesführer Seidel. Seine Rede gipfelte in den Worten: Wir werden jetzt nicht mehr leidet lassen. Wenn wir hier in Oesterreich den hochgewirtschaftlichen Seuchenherd Mitteleuropas ausrotten, so ist das nicht nur eine österreichische, sondern eine europäische Tat. Das Ausland wird uns daran nicht hindern, sondern uns unterstützen.“ In ähnlichen Ankündigungen ergingen sich die übrigen faschistischen Redner. Als Protest gegen die Kundgebung der Faschisten und zum Beweise, daß die Arbeiter sich das Recht auf die Straße nicht nehmen lassen, organisierten kommunistische Arbeiter eine spontane Kundgebung in den Straßen Diktating. Es bildete sich ein Zug, der unter dem Gesang revolutionärer Lieder, Protestrufen gegen den Faschismus und Hochrufen auf die kommunistische Partei durch die Straßen marschierte. Die Demonstration fand überall die Zustimmung der Arbeiterklasse. Es wurde dann eine Versammlung abgehalten. Als zwei Wachleute den Redner verhaften wollten, bedrohten die Arbeiter um ihn einen Kordon. Die beiden Beamten zögerten mit dem Gummiknüppel sich durchzuschlagen, sie wurden schwer verprügelt, einem von ihnen wurde Säbel und Dapfe weggenommen. Darauf zogen sie sich mit einem Verhafteten zurück. Kurze Zeit danach erschienen drei Ueberfallautos und räumten den Platz.

Oberbandit Gobbels schießt auf Arbeiter

Berlin, 23. September. Am Sonntag veranstalteten die Nazi-Banditen einen Propagandaumzug durch Neukölln, der eine einzige Provokation der Arbeiter war. Die Polizei stand, wie immer, auf Seiten der Nazi-Banditen und ging mit äußerster Brutalität vor. Sie nahm 101 Arbeiter, darunter einige Kommunisten, fest. Gegen 14 Uhr wurde am Spreewaldplatz, am Götlicher Bahnhof, ein mit Nazis besetztes Auto angehalten. Unter den Insassen befand sich auch der berühmte Oberbandit Gobbels. Die Autoinsassen schossen auf die Arbeiter. Bei der Durchsuchung des Autos durch die Polizei wurden einige Pistolen und mehrere Patronen gefunden. Trotz dieses Fundes und trotz der Tatsache, daß Gobbels und die anderen Banditen zugaben, auf die Arbeiter geschossen zu haben — sie sprachen natürlich von „Kornwehr“ — hat die Polizei gegen die Nazis nichts unternommen. Sie wurden sämtlich wieder auf freien Fuß gesetzt.

Zwei Jahre für kommunistischen Redakteur

Leipzig, 23. September. Am Sonnabend wurde der vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts gegen den Genossen Gäßler wegen Vorbereitung zum Hochverrat durchgeführte Prozeß nach zweitägiger Verhandlung zu Ende geführt. Genosse Frig Gäßler aus Jena wurde wegen Vergehens gegen das Republikstimmengesetz und das Reichspressengesetz zu der außerordentlich hohen Strafe von zwei Jahren Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Begründung, die der Senat diesem Terrorurteil gibt, wird festgehalten, daß der Angeklagte sich durch die Veröffentlichung der Frankfurter Artikel der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig gemacht habe, denn diese Artikel hätten in schärfster Weise das von der kommunistischen Partei erstrebte Ziel, die bestehende Staatsform gewaltlos zu stürzen und die Diktatur des Proletariats anzurichten, propagiert.

Berlins NSD. marschiert in Uniform

In den Abendstunden des Sonnabends marschierten an sechs Stellen in Groß-Berlin über 2000 uniformierte Nazi-Frontkämpfer auf. In Steglitz sowie in Neukölln wurde der Demonstrationszug zweimal durch Ueberfallwagen von der Polizei aufgelöst. Trotzdem wurden in der nächsten Straße die Demonstrationen fortgesetzt. Nach bisher vorliegenden Berichten sind acht uniformierte NSD.-Kameraden und fünf Arbeiter verhaftet worden. Bei fast allen Jungen wurden am Beginn sowie bei der Auflösung Ansprachen gehalten.

29 Tote in Rhein-Roseln

Die Grube unter Wasser gelegt!
In Berlin, 23. September. Nach einer Meldung Berliner Blätter ist die Zahl der bei dem Grabungslid in Rhein-Roseln ums Leben gekommenen Bergarbeiter auf 29 gestiegen. Das Besondere an dieser Katastrophe gibt immer noch zu Besorgnissen Anlaß. Die Grube ist nunmehr unter Wasser gesetzt worden. Daß sich auch hier Brand geignete, es entsetzt aber die Gefahr, daß möglicherweise auch andere Stellen der Kohlenbergwerke in Gefahr sind.

Reichswehrbeteiligung an geheimen Umtrieben

Der Briefwechsel zwischen Reichswehrgeneral und rechtsradikalen Putzschiffen

FREIHERR VON ECKARDSTEIN-PRÖTZEL
EISENBANSTATION STRASSENBECK
(STAATSBANHOF BERLIN-WRIEZEN-JÄDICHENDORF)
FERNRUUF 2222222222
STRAUBERSER STR. 6 WRIEZEN 68

PRÖTZEL, DEN 11. Februar 1929
KARL ROSENTHAL
POST STRASSENBECK

Sehr verehrter Herr General!

Unter Bezugnahme auf unsere Unterredung auf dem Verein

Hirschmann übersende ich Ihnen ergebend die Aufgabe Nr. 1 mit der dazu gehörigen Besprechung „Angewandte Taktik“.

Inzwischen habe ich jetzt auf demselben Wege Aufgabe Nr. 6 und 7 erhalten am 31.1.

Hoffentlich ist Ihnen der Abend auf dem Verein Hirschmann gut bekommen und ich werde in diesem kommenden Winter nicht versahen mein gegenüber Versprechen wahr zu machen.

Mit besten Empfehlungen

ergebenst Ihr

Die „Note Fahne“ schreibt: Wir haben dem Reichswehrministerium bereits angekündigt, daß wir alle Versuche zur Vertuschung der engen Beziehungen zwischen leitenden Reichswehrpersonalitäten und den rechtsradikalen Putzschiffen durch weitere Enthüllungen dokumentarischer Materials zerschlagen werden. Wir haben Herrn Groener darauf aufmerksam gemacht, daß er die 24 Stunden-Frist, die wir ihm gewährten, dazu benötigen möge, seinen Freund und Intimus, den Chef des Truppenamtes, General v. Hammerstein-Equard, genau so zu „vergessen“, wie ihm das nach unseren Enthüllungen in dem grotesken „Dementi“ des Reichswehrministeriums mit dem Major Liedemann und dem Leutnant Jaszke, dem Freund der Bombenattentäter, gelungen war. Herr Groener blieb stumm. Herr Groener ließ sogar erneut durch die bürgerliche Presse die Nachricht verbreiten, er halte an dem maßhaltigen Plane fest, ein Strafverfahren gegen „Die Note Fahne“ durchzuführen.

„Die Note Fahne“ wird sich — das mögen sich die Herren im Reichswehrministerium, in der Koalitionsregierung der Müller und Seevering und in allen Instanzen der Massenjustiz gelagt sein lassen — durch keine Drohung davon abhalten lassen, so gründlich wie nur möglich hinter die Kulissen der Reichswehr zu leuchten und ihre Beziehungen zu den Rechtsradikalen zu enthüllen. Wir veröffentlichen nebenstehend ein

neues Schreiben an den Vertrauensmann Groeners, General v. Hammerstein,

das der Freiherr v. Eckardstein-Prötzel, ein monarchistischer Gutsbesitzer, am 11. Februar d. J. an den Reichswehrgeneral richtete. Aus diesem Schreiben ergibt sich das Bestehen eines sogenannten „Vereins Hirschmann“, der sich vorwiegend aus monarchistischen Generalsstabsoffizieren der wilhelminischen Armee zusammensetzt. Der Brief ist gleichzeitig ein Beweis dafür, daß dieser Verein mit geheimen militärischen Plänen und Unternehmungen sich befaßt. Es werden dort von den Offizieren strategische militärische Aufgaben behandelt. Der Freiherr von Eckardstein schreibt dem Reichswehrgeneral, daß er „auf demselben Wege“ — was mag das wohl für ein mysteriöser Weg sein? — „Aufgabe Nr. 6 und 7“ erhalten habe. Es kann keinen Zweifel geben, daß es sich bei diesen Bestrebungen der Offizierselite um allerhand dunkle militärische

Pläne für Krieg und Bürgerkrieg handelt. Wir haben es hier also mit der militärisch-technischen Ergänzung zu den politischen Diktaturplänen

zu schaffen, über die der Landbund-Putzschiff v. Ganga mit dem Reichswehrgeneral v. Hammerstein korrespondierte. Es ist also klar, daß die Fäden der ganzen rechtsradikalen putzschiffischen Umtriebe unmittelbar in der Reichswehrleitung zusammenlaufen.

Herr Groener, der Reichswehrminister und intimste Freund v. Hammersteins, mußte dies alles wissen. Die Frage wirkt sich auf, ob Groener nicht selber ebenfalls Mitglied des „Vereins Hirschmann“ ist und an dessen militärischen Umtrieben teilnimmt. Wir erwarten eine klare Antwort auf diese Frage von Herrn Groener, und wir jagen nach den Erfahrungen, die wir mit der Wahrhaftigkeit seiner Dementis gemacht haben, schon jetzt, daß wir Groeners Angaben sorgfältig unter die Lupe nehmen und nachprüfen werden.

Der Reichswehrskandal, der sich mehr und mehr zu einem Fall Groener auswächst, belastet mit der ganzen Bürde der Verantwortung die Koalitionsregierung Hermann Müller-Seevering. Vielleicht gibt es sozialdemokratische Arbeiter, die heute noch die Illusion hegen, die Regierung ihrer Parteiführer werde auf Grund der Reichswehrenthüllungen der „Roten Fahne“ nur endlich einen Strich zwischen sich und dem ehemaligen wilhelminischen General ziehen, der es wagte, die deutschen Arbeiter als Hundsfälle zu beschimpfen, und der nun dank der Anklagen der Kommunisten am öffentlichen Pranger steht. Wir jagen diesen Arbeitern im voraus: die Hermann Müller und Seevering, die Hülferding und Wiffel denken nicht daran, Groener fallen zu lassen. Denken nicht daran, dem Reichswehrskandal ein Ende zu machen. Sie bedenken und bulden die Groenererei.

Nur eine Kraft vermag den Kampf des arbeitenden Volkes gegen die faschistischen Umtriebe zu organisieren und zu führen: die kommunistische Partei! Mögen die Groener und Hammerstein in den Putzschiffen pallieren, mag Herr Seevering seinen Anschlag auf den NSD. mit dem Versailles Friedensvertrag begründen, während er gleichzeitig einen geheimen militärischen „Verein Hirschmann“ respektiert, die deutschen Arbeiter stehen auf dem Posten, um unter Führung der NSD. die Pläne der Faschisten und ihrer Reichswehrgönner, sowie der sozialfaschistischen Koalitionsminister mit allen Mitteln zu zerschlagen!

bergabene gefährdet werden. Im Saargebiet befürchtet man, daß die Sicherheitspreller den hohen Wasserdruck (40 bis 50 Atmosphären) nicht aushalten können, so daß sich dann die Wassermassen auch in die Saargebiete Weisen ergießen.

Bei der Beerdigung wurde einer Delegation mit roten Fahnen der Eingang zum Friedhof verwehrt. Eine Abteilung kerrittener Gendarmen hielt die „Ordnung“ aufrecht.

Im Fernen Osten

Enweigerd'scher Trupp ausgerieben

U. Rowan, 23. September. Wie aus Moskau gemeldet wird, teilte das Oberkommando der Sowjetunion im Fernen Osten mit, daß es den Sowjettruppen nach einem vierstündigen Kampfe an der russisch-chinesischen Grenze gelungen ist, eine weißgardistische Truppe in der Nähe von Petropalowski (10 Kilometer von der russisch-chinesischen Grenze) aufzureiben. Bei diesem Kampfe wurden 11 Weißrussen getötet und 36 gefangen genommen.

Chinesische Truppen überschreiten die Grenze

U. Rowan, 23. September. Wie aus Moskau gemeldet wird, teilt der Oberbefehlshaber Blücher der Sowjetrussischen Regierung mit, daß am Sonnabend früh chinesische Truppen die Grenze bei Fadi überschritten haben. Auch in der Nähe von Pogranitschnaja haben neue Kämpfe stattgefunden. Ein chinesisches Flugzeug hat über Sowjetrußland Bomben abgeworfen.

Japanische Soldaten von der chinesischen Polizei getötet

U. Tokio, 23. September. Das japanische Kriegsministerium teilt mit, daß am 16. September in der Nähe der Stadt Tschantschun chinesische Polizei japanische Truppen bei Manövern beschossen hat, wobei zwei Japaner getötet und fünf verletzt wurden. Die japanischen Militärbehörden haben sofort den Leiter der chinesischen Polizei in Tschantschun verhaftet.

Paris gegen Schanghai

U. London, 23. September. Wie aus Schanghai gemeldet wird, sind in Kanton Berichte eingetroffen, daß die Truppen der kommunistischen Partei den Versuch machen, in die Provinz Kwantsung mit dem Ziel Kanton einzuziehen.

Doppelmord

U. Berlin, 23. September. Wie Berliner Blätter melden, spielte sich in der Nacht zum Sonntag im Schloßpark Eichenhof ein Liebesdrama ab. Der 20jährige Döring erschloß die 15jährige Tochter Elise des Gutsbesitzers Fint und verübte dann Selbstmord. Döring und das junge Mädchen unterhielten seit einiger Zeit ein Liebesverhältnis, von dem die Eltern der Elise erfahren hatten. Sie versuchten, ein weiteres Zusammentreffen zu verhindern.

Große Verkehrsstörungen in dem Liverpooler Hafen infolge Sturmes. Schwere Südweststürme haben den Schiffsverkehr im Liverpooler Hafen stillgelegt. Erst am Sonntag konnten die großen Amerika- und Kanada-Dampfer, die schon am Freitag in See gehen sollten, den Hafen verlassen.

Sturm auch im Alltenggebiet. U. Hamburg, 23. September. Auch den Sonntag über hielt das stürmische Wetter an. Die Böden erreichten zeitweilig eine noch größere Stärke als an den beiden Vortagen.

Schwere Unwetterschäden in Berlin. Der Sturm, der im Laufe des Sonntags über Berlin tobte, hat erheblichen Schaden angerichtet. Die Feuerwehr wurde etwa zwanzigmal alarmiert.

Vater und Sohn durch Starkstrom getötet. Stuttgart, 23. September. Im Hause Severina, Bezirk Dautlingen, wurden zwei Personen, Vater und Sohn, durch Berührung einer Starkstromleitung getötet.

Schweres Erdbeben in Kleinasien. Ein schweres Erdbeben suchte die asiatische Türkei heim. Mehrere Dörfer, darunter Schiran und Saridscha, wurden vollständig vernichtet.

Ueber die Bezirkskonferenz des kommunistischen Jugendverbandes Schlesien, die Landeskonferenz der NSD. und die Konferenz der werktätigen Frauen in Freiburg berichten wir morgen.

Der Roman mußte in Anbetracht der ungeheuer wichtigen politischen Enthüllungen heute weggelassen.

Secundarius für Politik, Religion, Sport u. a. m. Kleines Kister Thomas, Dresden; für Badenburger Gewerkschaft und Arbeitervereine, Dresden; für Oberhessischen Verband Schulz, Gelnhausen; für die Arbeitervereine, Dresden.

Bundesvorstand beschließt gemeinsame Feiern mit Bürgerlichen

Ich habe die Absicht, im Herbst die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die gesamten Kultur-organisations unter einen Hut zu bringen.

Der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, der vom 13. bis 15. d. M. in Leipzig tagte, hat zu den verschiedensten Fragen Stellung genommen.

Frage der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Organisationen beschäftigt ein ganz besonderes Interesse. Im offiziellen Bundespresidium des ATSB. heißt es darüber:

Die Frage gemeinsamer Feiern mit bürgerlichen Organisationen wird immer brennender, je mehr die Bundesbewegung die bürgerliche Überflügelt (!), und je stärker rein sozialistische Mehrheiten in Gemeinden jeder Art wohl im Interesse der Allgemeinheit, aber oft mit besonderer Berücksichtigung der arbeitersportlichen Interessen, durch Bewilligung geeigneter Sportstätten für die Arbeiter-sportbedürfnisse folgen.

Diese Offenheit ist begründbar. Die Sprache unmissverständlich. Damit wird der Weg freigemacht für gemeinsame Aufmärsche mit allen bürgerlichen Organisationen bis zu den sachlichen Welterverbänden.

Ein Kapitel für sich ist die Begründung, die der Bundesvorstand für den staltbaldfen Beschluss liefert. „Die Macht der Verhältnisse“ die angeblich den Bundesvorstand zu diesem organisationsfeindlichen Beschluss gezwungen hat, liegt nach den eigenen Worten der Spalter in der Tatsache, daß die Bundesbewegung die bürgerliche überflügelt.

Jedes neue Bundesmitglied ist für die Bundesbürokratie ein Grund mehr für die engere Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Verbänden, ein Grund mehr für die Beteiligung der Bundesvereine an amtlichen Feiern, Aufmärschen und Guldigungen für die kapitalistische Republik!

Dieser Beschluss kommt uns durchaus nicht überraschend. Wer die Entwicklung der Dinge im ATSB. aufmerksam verfolgte, war sich darüber im Klaren, daß den fortwährenden Bemühungen, den ATSB. zu einer sozialdemokratischen Parteiorganisation zu machen, Beschlüsse solcher Art über kurz oder lang folgen mußten.

Der Beschluss des Bundesvorstandes muß in den breiten Mitgliederkreisen einen Widerhall finden, den sich die Spalter nicht erträumen haben. Arbeiterturner und -sportler! Raust Sturm gegen diesen neuen Schandstreich!

Sport vom Sonntag

Fußball

Der gestrige Sonntag war vom Wetter nicht gerade sehr begünstigt. Der starke Wind beeinflusste die Spiele teilweise sehr. Im allgemeinen konnten die Favoriten ihre Spitzenstellungen behaupten.

WV. I — West I 6:2. West muß stark verteidigen. Das Führungstor der VfLer wird im Anschluß an die erste Ecke unhaltbar erzielt, und schon wenige Minuten später ist es eine weitere Ecke, die zum 2:0 verwandelt wird.

Union I — Einigkeit I 6:3. Die gute Hintermannschaft der Mochnerner konnte dem Ansturm Vissas wohl zehn Minuten standhalten, mußte sich aber dann durch einen Bombenschuß des Halblinken zum erstenmal überwinden lassen.

Sturm I — Wader I 3:1. Sturm, vor Halbzeit gegen den Wind spielend, kann eine 2:0-Führung herausarbeiten. Nach Halbzeit ist Sturm wesentlich schlechter, und Wader versucht, den Gleichstand herzustellen.

1921 — Vorwärts 2:1. Zehn Mann hatte 1921 zur Stelle. Trotzdem können sie das Spiel offen gestalten und durch einen verwandelten Elfmeter in Führung gehen.

Sparta I — VfL Dels 3:2. Schon nach wenigen Minuten wird eine Ecke erzielt. Der Rechtskäufer bringt dieselbe genau vor's Tor, und nach längerem Geplänkel kann derselbe Spieler zum 1:0 einleiten.

VfB. I — Rapid I 4:1. Nach einer Viertelstunde Spielzeit kommt VfB., die gegen den Wind spielen müssen, zum ersten Tore. Ein Fernschuß des Mittelstürmers von Rapid schafft den Ausgleich.

3:1 erhöhen. Ein Elfmeter kurz vor Schluß wird zum vierten Tore für VfB. verwandelt.

Herttha I — VfL I 1:0. Trotz beiderseitiger guter Feldleistungen kann bis Halbzeit nichts Fährbares erzielt werden. Nach dem Wechsel das selbe Bild. Erst kurz vor Schluß wird ein Mißverständnis der Verteidigung VfL's geschickt ausgenutzt und das knappte aller Resultate erzielt.

FVB. — 1924 I 1:1. Die 1:0-Führung, die der Linksaußen FVB's in der 36. Minute erzwungen hatte, konnte 1924 erst in der zweiten Halbzeit ausgleichen. Die Umstellung, die beide Mannschaften nach Halbzeit vornahmen, bewährte sich. Die große Belegenheit, den Sieg zu erringen, vergab 1924, da ein durch unfaire Abwehr des rechten Verteidigers FVB's gegebener Elfmeter nicht verwandelt wurde.

VfB. I — Strehlen I 5:3. VfB. hatte alle Hände voll zu tun, um bis zur Halbzeit wenigstens 1:0 in Führung zu gehen. Nach dem Wechsel konnte VfB. auf 5:0 erhöhen. Dann aber verjagten die Verteidigung und die Läuferreihe vollständig, und Strehlen gelang es, bis auf 5:3 aufzuholen.

Sandball

5. Abteilung I — Nordost I 6:0. Nach zehn Minuten gelang dem Mittelstürmer der 5. Abteilung, seine Mannschaft in Führung zu bringen. Einige Zeit darauf war es dem Mittelkäufer derselben Mannschaft vergönnt, das zweite Tor zu erzielen.

1897 I — 8. Abteilung I 2:2 (0:1). Nur durch die Unsticherheit des Torannes von 1897 ging dieser Mannschaft der Sieg verloren. Die Jugendmannschaft von 1897 verlor gegen die 2. Abteilung knapp 1:0.

Fichte-Mochnern I — 4. Abteilung I 11:3 (5:2). Zu einem verhältnismäßig leichten Erfolge kommt Fichte-Mochnern durch den wenigen Eifer, den die Mannschaft der 4. Abteilung an den Tag legt.

Silesia-Riders I — 4. Abteilung II 2:0 (1:0). Der Halbrechte Silesia-Riders kann infolge guten Zusammenspiels in der zwölften Minute zum ersten Erfolge kommen. Mit diesem Resultat geht es in die Halbzeit. Nach der Pause bringt ein Angriff, der von der Läuferreihe Silesia-Riders glänzend eingeleitet wird, nach schnelltem Glanzenlauf des Linksaußen unhaltbar das zweite Tor.

Südost I — 1897 I 3:2. Eine 1:0-Führung Südost's kann 1897 ausgleichen, ohne jedoch verhindern zu können, daß Südost wiederum in Führung geht. Nach vor Halbzeit erzwingt der Mittelstürmer von 1897 zum zweitenmal den Ausgleich. Das Tempo wird nach Halbzeit äußerst schnell. Wieder ist es Südost, die nach sehr guter Kombination zum 3:2 kommen. Ein Zusammenprall zwingt den rechten Käufer Südost's, den Platz zu verlassen. Wenige Minuten später folgt der linke Käufer. Mit nur neun Mann spielend, kann Südost den knappen Vorsprung halten und zwei weitere Punkte einstreichen.

Kreispielleute! Die Kreisstunde am 13. Oktober findet um 8.30 Uhr im Gewerkschaftshause zu Breslau statt. Da eine Mitwirkung beim Kreiswettbewerb stattfindet, muß jeder Spielmann seinen weißen Anzug mitbringen. Notendbücher und den D-Vogen zu den Hörnern nicht vergessen!

Sozialdemokratische Fraktionsarbeit

Die Arbeitersportvereine haben in der letzten Zeit eine Broschüre erhalten, die das Referat des katholischen Schred auf dem Arbeiter-tag der SPD. enthält. Wie dieser Bericht vorgenommen worden ist, ist es klar, daß er nur im Einverständnis mit der Leitung der sozialdemokratischen Bundes- und Kreisinstanzen erfolgen konnte.

Der Inhalt der Broschüre ist weiter nichts, als ein Versuch, die Arbeitersportler für die sozialdemokratische Politik zu gewinnen. Um einen ersten Kampf gegen das Reichsbanner zu führen, und um zu verhindern, daß sich die Arbeitersportler für eine Zusammenarbeit mit dem NSD. und den jetzt allerorts geschaffenen Arbeiter-mehren aussprechen, erklärt die SPD, daß die wehrsportliche Betätigung „eine gefährliche Spielerei“ bedeutet.

Genau so nehmen die Sozialdemokraten Stellung zur Frage des Wehrsports. Wie Bildung, so erklärt auch Schred, daß die Wehr-sportbewegung noch keine breite Bewegung ist, und daß sogar die Unternehmer z. T. dagegen Stellung nehmen.

Trotz dieser arbeitersportfeindlichen Haltung wird versucht, unter den Arbeitersportlern für die SPD. Propaganda zu machen. Es wird Aufgabe der oppositionellen Arbeitersportler sein, Aufklärung in die Massen der Arbeitersportler zu bringen und aufzuzeigen, daß nur die kommunistische Partei diejenige Partei ist, die den Arbeitersport unterstützt in der Linie des revolutionären Kampfes.

Hallenportfest am 13. Oktober in der Breslauer Jahrhundert-halle. Wie schon wiederholt an dieser Stelle hingewiesen, bezieht der 14. Kreis seine 25-Jahr-Feier in Form eines Hallenportfestes. Da aus allen Teilen des Kreisgebietes ein größerer Besuch zu erwarten ist, empfiehlt es sich schon jetzt, schriftlich Vorbestellungen auf Vor-verkaufkarten zu ermäßigtem Preise an Bundesgenosse Heinzelmann, Breslau 16, Meißnerweg 16, zu richten.

Kartenumtausch für das Gewerkschaftshaus-Kino. Heute Montag findet nochmals für den Osten von Breslau im Gewerkschaftshaus-Restaurant von 18-21 Uhr der Umtausch der Besucherkarten statt. Alle Inhaber von vorjährigen Ausweisen erhalten die neuen Karten kostenlos, während alle anderen dieselben gegen Vorzeigung des Partei-, Gewerkschafts- oder Sport-Mitgliedsbuches und Zahlung von 20 Pfg. ausgetauscht erhalten.

Arbeiter-Sportkartell. Für die Arbeiter-Athletenvereine sowie für die Wasserpartei Montag von 18-20 Uhr nochmals Ausgabe der Programme zum Hallenportfest.

Freie Turnerschaft. Alle Abteilungsversammlungen sind Montag 20 Uhr im Gewerkschaftshause zur Vereins- und Abteilungsversammlungen des 14. Kreises.

Fußballpartei. Bezirksvorstand. Montag 20 Uhr erfolgt die Ausgabe der Programme zum Hallenportfest. Jeder Verein muß sich das Material bei Jirka abholen. — Hauptspielausschuh. Spielverbot besteht für den ganzen Tag am Sonntag, dem 13. Oktober, zum Hallenportfest. — Ab sofort findet die Bericht-erstellung von 18 Uhr ab im Kartellbüro, Friedrich-Wilhelm-Straße 45, Telefon 230 26, statt.

Verhandlungsausschuh. Ladungen für den 23. September: 20 Uhr Vereinsvertreter Falke und Sil. Rid. (Protest), dazu beide Spielführer vom Spiel am 1. September, Schiedsrichter Keller, Zeugen stellen die Vereine selbst; 20.30 Uhr Vereinsvertreter Freie Sportfreunde und Rapid, dazu Schiedsrichter Gnichow (VfB.); 20.45 Uhr Margarus (VfL.), Kuras (FVB.); 21 Uhr Vereinsvertreter VfB. I, VfB. I, Schiedsrichter Stuffer (VfL.); 21.15 Uhr Schiedsrichter Walde und Schiedsrichter Schaffer; 21.30 Uhr Vereinsvertreter Einigkeit und Stenzel (Einigkeit) als Schiedsrichter.

Fußballbezirksvorstand. Nachstehende Vereine erhalten wegen Nichtbegleichung der Bezirksrechnung ab 29. d. M. Spielverbot: VfB., Goldschmieden, Sil. Rid., 1021, Freiheit, Bratislawia, West, Rapid, Vorwärts, Dsowik, Dels, Dylau, Herttha-Vrieg, Vorwärts-Vrieg.

Arbeiterfahrradbund Breslau. Notiz für Sonntagsausfahrten zu spät erhalten.

Renntfahrer! Heute 19.30 Uhr Rollentraining im Gewerkschaftshause.

Vorsitzende der Breslauer Bundesvereine und -abteilungen. Heute 20 Uhr Gewerkschaftshaus wichtige Sitzung.

„Dirt Road“ in Breslau-Grüneiche

Die neueste Sportaktion soll das werden. Mit Kleinschulauer-mengen. Gestern, bei der Eröffnung, war von beiden wenig zu merken. Die Zuschauer waren sehr dünn gesät, und was den „Sport“ anbelangt — nun, es darf bezweifelt werden, ob sich dieser aus England kommende „Sport“ hier durchsetzen wird.

Die eigens angelegte Nebenbahn ist 333 Meter lang, von einem Drahtzaun umgeben, und ohne Kurvenüberhöhung. Die Fahrer haben einen mit Eisenklappen versehenen Schuh am linken Fuß, mit dem sie in den Kurven Balance halten und bremsen; der linke Fuß-rafter am Motorrad fehlt. Unter einigemmaßen gleichstarken Fahrern erscheint ein Ueberholen fast ausgeschlossen, so daß die Rennen wenig abwechslungsreich sind. Es kommt oben darauf an, beim Start die Spitze zu bekommen und während des Rennens möglichst viel Staub aufzuwirbeln, um so die nachkommenden Fahrer zu bestrafen. Stürze ereignen sich viel, die aber wohl immer ohne größere Folgen bleiben werden, da die Bahn weich, und das Tempo, infolge der Notwendigkeit, in den Kurven abzupfoppen, nicht sehr schnell ist. (Durchschnittlich zirka 50 Stundenkilometer.) Eine Wiedergabe der gestrigen Renn-Ergebnisse erscheint uns nicht notwendig.

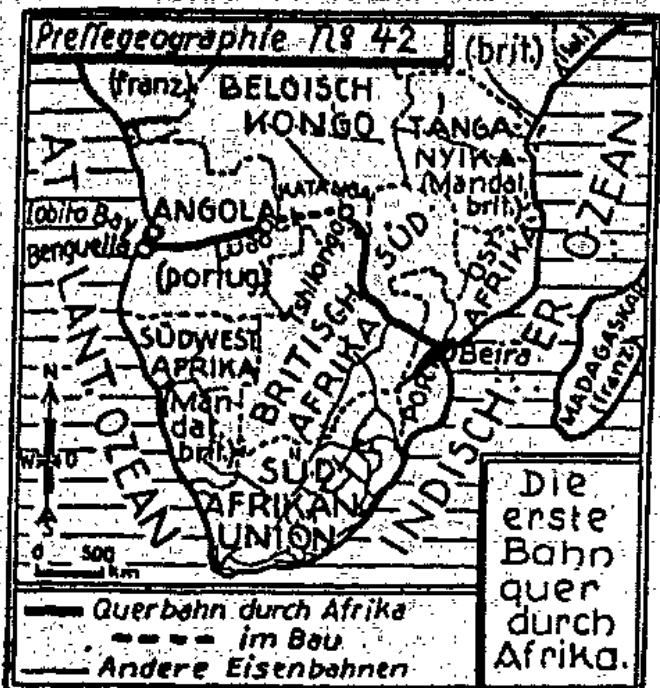
MENSCH UND ENERGIE

TECHNISCHE BEILAGE DER KOMMUNISTISCHEN TAGESPRESSE

3. Jahrgang Nummer 16

Bearbeitet von der Sozialistischen Studentengruppe der Techn. Hochschule Hannover
Nachdruck sämtl. Artikel verboten

Die erste Bahn quer durch Afrika



Unlängst wurde in Luao, im Herzen Afrikas, an der Grenze von Belgisch-Kongo und der portugiesischen Kolonie Angola, die Benguela-Bahn feierlich dem Verkehr übergeben. Durch die Fertigstellung dieser Bahnstrecke ist nunmehr die Möglichkeit gegeben, das afrikanische Festland vom Atlantischen bis zum Indischen Ozean im Eisenbahnwagen zu durchqueren. Die Benguela-Bahn wurde zu dem Zweck errichtet, den ungenutzten reichen Kupferminen von Katanga in Belgisch-Kongo den kürzesten und billigsten Ausweg zum Weltmarkt zu sichern.

Als der britische Unternehmer Robert Williams im Jahre 1900 von der belgischen Regierung die Konzession zur Ausbeutung der Katanga-Kupfervorkommen erhielt, war dieses Gebiet jeder Verkehrsmittel bar. Auf Betreiben von Williams wurde schon 1902 mit dem Bau der Benguela-Bahn begonnen, welche die Katanga-Erze nach der atlantischen Küste fördern sollte; 1910 eröffnete sich für Katanga durch die Verlängerung des südafrikanischen Bahnnetzes die erste unmittelbare Ausfuhrmöglichkeit durch den Hafen Beira in Portugiesisch-Ostafrika. Die nunmehr nach 27jähriger Bauzeit fertiggestellte Benguela-Bahn jedoch kürzt gegenüber der Verbindung durch Beira die Seestrecke der Katanga-Erze nach England um 4225 Kilometer, die Eisenbahnstrecke (ein beim Transport von Erzen sehr ins Gewicht fallender Kostenpunkt) um 960 Kilometer ab.

Es ist unzweifelhaft, daß Katanga, dessen Kupferproduktion im Jahre 1928 schon 112.000 Tonnen betrug (gegenüber 997 Tonnen im Jahre 1911), durch die Errichtung der Benguela-Bahn in Kürze einen bedeutenden Faktor auf dem Weltkupfermarkt darstellen wird. Die Bahn, deren Errichtung 240 Millionen Mark kostete, befindet sich zu 90 Prozent in Händen einer von Robert Williams begründeten englischen Eisenbahngesellschaft, die übrigen 10 Prozent Aktien gehören dem portugiesischen Staate. Sie beginnt 30 Kilometer nördlich von der alten portugiesischen Kolonie Benguela, am Lobito-Bay, einem vorzüglichen Naturhafen, erklimmt, einer alten Karawanenstraße folgend, den über 2000 Meter hohen Rand des zentralafrikanischen Plateaus und erreicht, 840 Kilometer von der Küste entfernt, bei der Grenzstation Luao, die bei der Eröffnung in Robert Williams umgetauft wurde, die Grenze von Belgisch-Kongo. Hier schließt sich die 636 Kilometer lange, ebenfalls vor dem Bauabschluß stehende belgische Strecke an, welche bei Tschilongo die Verlängerung der südafrikanischen Bahn trifft und damit die ununterbrochene Verbindung quer durch Afrika schafft.

Auf kurzen Wellen

Die kürzlich erfolgte Inbetriebnahme eines deutschen Groß-Kurzwellensenders in Königswusterhausen hat bei den Rundfunkhörern das Interesse für kurze Wellen wachgerufen. Fast jeder Rundfunkhörer hat in den letzten Monaten die ungeheure Reichweite dieser Sendungen erlebt. Die Empfangsfähigkeiten der Ozeanflieger, die Schilderungen des Boxkampfes Schelling-Paulino, die Ankunft der „Bremen“ jenseits des Ozeans, die Landung des Zeppelins in Lakehurst, all diese Uebertragungen wurden durch einen Kurzwellensender in Shenectady bei Newyork verbreitet, von deutschen Stationen empfangen und weitergegeben. Die Kurzwellentechnik, zwischen 15 und 80 Meter, bedeutet keine neue Entdeckung. Wenn wir aber auf dem Gebiete weitergekommen sind, so ist dies vor allem den Radiomateuren und ihren unermüdeten Versuchen zu verdanken.

Seit Jahren führen die Amateure einen Kampf um die völlige Freigabe der für Amateurzwecke bestimmten Wellenbänder. Es ist zwar bekannt, daß die Reichpost wegen des politischen Einschlags des Funkwesens in Deutschland an die Zustimmung der politischen Behörden gebunden ist. Zwar wird immer wieder auf die bald kommende Regelung hingewiesen, und es dürfte endlich Zeit sein, die Freigabe, worüber sich die Verhandlungen über eineinhalb Jahre hinziehen, abzuschließen. Es geht nicht mehr an, daß Deutschland, das für die Erforschung der drahtlosen Telegraphie so Grundlegendes geleistet hat, auf diesem so sehr wichtigen Gebiet hinter fast allen Staaten der Welt nachhinkt. Alle proletarischen Radiohörer müßten aktiv um die Kurzwellensender-Genehmigung kämpfen.

Her mit der Freigabe der Kurzwellensendung!
Vollkommen kostenlose Sendeerlaubnis, da ja weder die Post noch eine andere Behörde Gegenleistung gibt! Ly.

Neues von den Jupitermonden

Durch das Wiederauftauchen des Jupiters am Abendhimmel dürfte es für viele von Interesse sein, zu erfahren, daß eine von verschiedenen Wissenschaftlern durchgeführte Untersuchung der Jupitermonde gezeigt hat, daß diese mit dem Trabanten unserer Erde eine große Ähnlichkeit haben.

Die vier größten, schon im Feldstecher sichtbaren Trabanten des Jupiters zeigen einen sehr merkwürdigen und von häufigen Störungen unterworfenen Lichtwechsel. Bei der Beobachtung dieser Helligkeitsschwankungen wurde festgestellt, daß sich diese in ganz regelmäßigen Perioden wiederholen, und zwar in einer Periode, die mit der Umlaufperiode der

Einiges über Schwingungen

Es ist vielleicht nicht allgemein bekannt, daß es grundsätzlich zwei Arten von Bewegungserscheinungen gibt: die „translatorische“ und die „undulatorische“ Bewegung. Diese etwas hochtrabend klingenden Fremdwörter bedeuten etwa folgendes: Eine translatorische Bewegung ist z. B. die Bewegung eines Wurfgeschosses, die Bewegung der Planeten, die Bewegung eines Fahrzeuges, also eine Bewegung, bei der die Masse sich auf einer bestimmten, irgendwie gegebenen Bahn fortbewegt. Die undulatorische Bewegung ist allen bekannt als sogenannte Wellenbewegung, etwa die Bewegung eines Kornfeldes im Winde, die Bewegung des Wassers beim Hineinwerfen eines Steines und das Zittern von Häusern beim Vorbeifahren schwerer Lastautos. Bei einer solchen Bewegung bleiben die einzelnen Massenteile also solche in Ruhe, sie schwingen nur um diese Ruhelage mehr oder weniger gleichmäßig herum. Der einzelne Roggenhalm z. B. bleibt letzten Endes da stehen, wo er steht, er pendelt nur hin und her. Dieses Hin- und Herpendeln aller Roggenhalme erzeugt dann den Eindruck einer Wellenbewegung.

Der prinzipielle Unterschied beider Bewegungsarten ist offensichtlich. Nun hat die Wellenbewegung eine praktisch viel größere Bedeutung, als man normalerweise anzunehmen geneigt ist. Nicht nur Schall, Licht, Wärme, Elektrizität sind heute allgemein auf Wellenbewegungen zurückgeführt, sondern auch im Maschinen- und Eisenbau spielen neuerdings Schwingungen, das sind eben Wellenbewegungen, eine außerordentlich wichtige Rolle. Allerdings stecken die Untersuchungen hier noch in den Kinderschuhen, die Bedeutung und Wichtigkeit der Schwingungstragen wird jedoch allgemein anerkannt.

Wenn man z. B. auf einen Metallstab eine Kraft wirken läßt, so verändert das Metall seine Form. Diese Formveränderung ist zwar im allgemeinen, d. h. wenn nicht gerade die ganze Sache kaputt geht, sehr klein und nur mit besonderen Meßinstrumenten festzustellen, vorhanden ist sie jedenfalls immer. Die meisten Metalle haben nun die sehr angenehme Eigenschaft, ihre ursprüngliche Form wieder anzunehmen, wenn die Kraft aufgehört hat zu wirken, sie verhalten sich also genau wie ein sehr festes Gummiband. Es gilt nun die allgemeine Erfahrungstatsache, daß der zu einem bestimmten Kraftangriff gehörige Formänderungszustand im allgemeinen nicht sofort erreicht wird, sondern erst nach mehrmaligem Pendeln um diesen „Gleichgewichtszustand“ herum. Der Rhythmus dieses Pendelns heißt die „Eigenschwingungszahl“ des betreffenden Körpers. Ein einfaches Beispiel hierfür bietet die Geigensaiten, die nach einem Anzupfen nicht sofort in ihre alte Lage zurückkehrt, sondern erst nach einige Male um sie herumschwingt, wodurch gerade der Ton erzeugt wird.

Wenn nun die äußere Kraft ebenfalls nicht gleichmäßig, sondern in einem bestimmten Rhythmus wirkt, und wenn dieser Rhythmus der Kraft mit der Eigenschwingungszahl übereinstimmt, so werden sich die Pendelausschläge nicht verkleinern, sondern sogar vergrößern. Das beste Beispiel bietet

die jedem Menschen vom Schützenfest her bekannte Luftschaukel. Wenn auf diese eine einmalige Kraft wirkt, so wird sie in Schwingungen versetzt, die jedoch sehr schnell zur Ruhe kommen, wenn der Mensch nichts weiter tut. Übt er aber im selben Rhythmus der Schaukelschwingungen Kräfte auf diese aus, so nehmen die Ausschläge bekanntermaßen zu. In der Wissenschaft nennt man das Zusammentreffen dieser beiden Rhythmen „Resonanz“.

Wo können z. B. im Maschinenbau solche Resonanzwirkungen auftreten? Ein bekanntes Beispiel ist eine Schiffswelle, an deren einen Seite der Propeller, an der anderen Seite die Kurbeln sitzen, die durch die Dampfmaschinenkolben angetrieben werden. Diese Antriebe nun erfolgen rhythmisch, der Rhythmus wechselt je nach der Geschwindigkeit der Maschine. Tritt nun Resonanz ein, so bricht die Welle ab, einerlei wie dick sie ist. Die Kenntnis der Eigenschwingungszahl einer Welle ist also von außerordentlicher Wichtigkeit. Fast auf jedem Dampfer gibt es ein Geschwindigkeitsgebiet, das nicht gefahren werden darf, weil dort Resonanzgefahr besteht. Der Bruch der Zeppelinmotoren ist ein jüngstes Beispiel für solche Resonanzwirkungen.

Auch bei scheinbar so starren Dingen, wie es Brücken darstellen, müssen die Schwingungen sorgfältig beobachtet werden. Die Stöße eines über die Brücke fahrenden Lastautos z. B. regen die Brücke zu Eigenschwingungen an, die insbesondere bei alten, schlecht gebauten Brücken gefährlich werden können, zumal wenn schwere Traktoren auf schlechtem Pflaster über die Brücke rollen. Das Marschieren im Gleichschritt kann z. B. Resonanzschwingungen erzeugen, wenn der Gleichschritt mit den Eigenschwingungen übereinstimmt. Ebenso kann das Stampfen einer Lokomotive oder das rhythmische Ueberfahren eines Schienenstoßes durch einen langen Güterzug durchaus Anlaß zu gefährlichen Resonanzschwingungen geben. Bisher hat man diese Schwierigkeiten dadurch umgangen, daß man eine verhältnismäßig sehr hohe Sicherheit in das Bauwerk hineinlegte, also ziemlich viel mehr Material hineinsteckte, als eigentlich nötig gewesen wäre. Das Streben nach Wirtschaftlichkeit zwingt uns jedoch, die Resonanzerscheinungen genauer zu studieren, und gerade die Russen haben in dieser Hinsicht in den letzten Jahren sehr viel geleistet. Fast alle neuen Brücken werden heute mit besonders für diesen Zweck konstruierten Apparaten auf die Schwingungseigenschaften untersucht, um auf diese Weise eine Möglichkeit zu haben, den Einfluß der oben erwähnten Kräfte kennenzulernen. Insbesondere ist jetzt ein sehr geistreicher Apparat konstruiert worden, der die Schwingungen auf sehr einfache Weise zu photographieren gestattet. Ueber diesen Apparat soll demnächst näher berichtet werden.

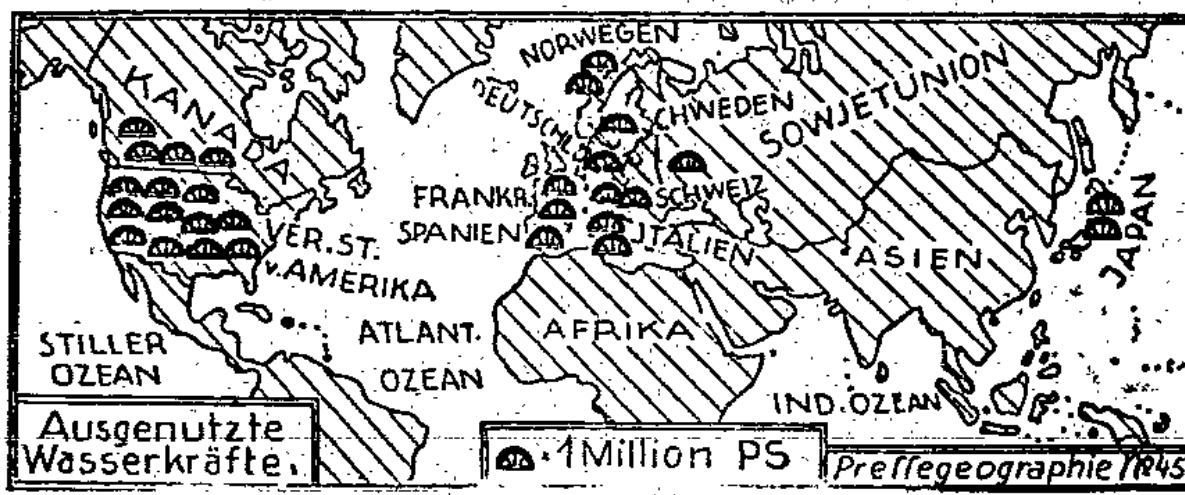
Man kann heute wohl ohne Ueberreibung sagen, daß die Schwingungseigenschaften die wichtigsten Probleme im modernen Maschinen- und Eisenbau darstellen und daß ihnen mit Recht die allergrößte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wolf.

Die Wasserkräfte der Erde

Anläßlich der unlängst in Barcelona abgehaltenen Welt-Wasserkonferenz wird eine Uebersicht der geschätzten und ausgenutzten Wasserkräfte der Erde veröffentlicht. Diese Aufstellung schätzt die gesamten nutzbaren Wasserkräfte der Erde auf 450 Millionen PS, wovon etwa 33 Millionen PS, also 7 Prozent, ausgenutzt werden (als mittlere Jahresleistung).

Die Staaten, die am meisten die Wasserkräfte nutzbar machen, sind:

Land	Mittl. Jahresleistung in Millionen PS	Nutzb. Wasserkräfte in Millionen PS
Vereinigte Staaten von Nordamerika	11	30
Kanada	4	23
Frankreich	2	6
Japan	2	8
Italien	2	4



Monde übereinstimmt. Daraus, sowie auch aus der Art der Schwankungen kann man entnehmen, daß die Monde des Jupiters, obwohl sie das Licht viel stärker zurückwerfen als unser Mond, genau so wie dieser große helle und dunkle Flächen auf ihrer Oberfläche haben und daß sie dem Jupiter auch immer nur ein und dieselbe Seite zukehren.

Die Helligkeit schwankt beim ersten Mond um 0,24, beim zweiten um 0,30, beim dritten um 0,13 und beim vierten um 0,10 Größenklassen.

Wie weit ist der nächste Fixstern von uns entfernt?

Vor einigen Jahren hat man, um die Parallaxen oder Entfernungen von einigen Fixsternen neu zu bestimmen, eine ganze Reihe von interessanten Untersuchungen durchgeführt. Dabei zeigte sich, daß nicht der helle, am südlichen Himmel sichtbare Doppelstern „Alpha“ im Zentauri, wie man bisher annahm, der sonnennächste Stern ist, sondern daß es vielmehr ein kleiner, nur wenige Grad von „Alpha“ abstehender, schwachleuchtender Stern von etwa 11. Größe ist, „Alpha Zentauri“ ist nach den neuesten Messungen 4,3 Lichtjahre von uns entfernt. (Ein Lichtjahr = 9,5 Billionen Kilometer.)

Die neuen Parallaxenmessungen wurden hauptsächlich von R. Innes, dem Direktor des „Union-Observatoriums“ in Südafrika, gemacht. Dabei zeigte sich, daß der sonnennächste Fixstern „Proxima Zentauri“, der nur 3,6 Lichtjahre von der Sonne entfernt ist, richtungsgemäß dicht neben „Alpha Zentauri“ steht. Aber trotzdem ist er jedoch kein Begleiter dieses Sterns; denn seine Eigenbewegung verläuft in einer ganz anderer Form. „Proxima Zentauri“ ist ein kleiner Zwergstern, der ein orangefarbenes oder orangefarbenes Licht hat.

WEISST DU SCHON ?

Daß die Newyorker Uebergrundbahn neue Wagen von kolossalem Fassungsvermögen einführt? Sie sind 18,3 Meter lang, 3 Meter breit, 3,6 Meter hoch, haben 60 Sitzplätze und können bei voller Belastung 282 Personen befördern.

Daß in Nordengland ein Lastkraftwagen zur Beförderung vollständiger Eisenbahnlokomotiven im Gewicht von 70 bis 100 Tonnen gebaut wird? Dieses Fahrzeug ist über 20 Meter lang.

Daß die Angestellten der Londoner Uebergrundbahn im Jahre 1927 der Verwaltung 42.000 Verbesserungsvorschläge unterbreitet haben?

Daß in Charlottesville in Amerika ein Riesenscheinwerfer aufgestellt worden ist, der eine Lichtstärke von 1385 Millionen Kerzen besitzt? Die Hitze des Lichtkörpers betrug bei einer Messung 10.000 Grad Fahrenheit, was annähernd der Sonnentemperatur entspricht. Geradeaus in die Luft gerichtet durchdringt der Lichtstrahl eine Luftschicht von 1500 Kilometer.

Daß die Pariser Verkehrsgesellschaften die Luftreifen für ihre Autoomnibusse auf der Grundlage einer Zahlung je Kilometer Wegleistung beziehen, und zwar von den Firmen Dunlop, Michelin und Bergonguan? Firmen, die sich auf derart sachlich begründete Zahlungsbedingungen einlassen, dürften auch heute noch selten sein. Die mittlere Lebensdauer einer Bereifung soll 51.200 Kilometer betragen.

Breslau

Kommunisten fordern Auflösung der Messegesellschaft

Die kommunistischen Stadtverordneten haben folgenden Antrag für die nächste Sitzung des Stadtparlamentes eingebracht: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: Die Vertreter der städtischen Körperschaften in der Breslauer Messe-Altien-Gesellschaft zu beauftragen, sofort den Antrag auf Liquidierung der Breslauer Messe-Altien-Gesellschaft zu stellen. Mit der Fortführung der bisherigen Arbeiten der Breslauer Messe-Altien-Gesellschaft ist das städtische Verkehrsamt zu beauftragen. Dieses führt in Zukunft die Bezeichnung „Städtisches Verkehrs- und Ausstellungsamt“. Die Zusammenfassung der Aufgaben des Städt. Verkehrs- und Ausstellungsamtes ist zu beschleunigen, daß diese noch im Haushaltsplan für 1930 Berücksichtigung finden können.“

Der nähere Anlaß dieses Antrages ist das von uns vorige Woche veröffentlichte Schreiben der Messe-Gesellschaft an den Magistrat, in dem die Messe-A. G. mitteilt, daß sie es ablehnt, die zuerst zugelegte Defizitbedingung der „Wuma“ zu übernehmen. Unter der Leitung des demokratischen Stadtverordneten Carl Wilhelm Wolff ist die Messe-Altien-Gesellschaft im Laufe der Jahre immer mehr zu einem Privatvergnügen der beteiligten Personen geworden, für das die städtischen Gelder, mit denen die Messe-Gesellschaft über Wasser gehalten wird, zu schade sind.

Kohlenarbeiterstreik in Breslau

Selt Sonntags nachmittags streikten in Breslau die Kohlenarbeiter bei folgenden Firmen: Drigler u. Blumenfeld, Färb. v. Piesch, Breslauer Kohlenkontor, Drillett-Fabrik GmbH. Der Streik erfolgte wegen Lohnforderungen. Die Kohlenarbeiter sind im Verkehrsband organisiert.

Helldanten besoffener Studenten

In fast jeder Nacht werden in den Promenadenanlagen Lampen zertrümmert. In einer der letzten Nächte wurden allein in den Anlagen um den Lessingplatz und auf der Liebigstraße 13 Stück demoliert. Auf einer Stelle fand man noch eine leere Seltflasche und die Unterwäsche eines Mädchens an der Lampe befestigt. Bereits in vielen früheren Fällen wurden besoffene Studenten als Täter ermittelt. Es ist von jeder die starke Seite der Bourgeoisie, besoffen durch die Straßen zu stolzieren, Leute anzuspöbeln und tote Gegenstände zu demolieren. So werden auch die Urheber dieser Helldanten nur in diesen Kreisen zu suchen sein. Verwunderlich ist nur, daß die Polizei, die doch jeden Arbeitertrupp, der sich nach 22 Uhr etwas laut unterhält, sofort aufspürt, hier aber nichts hört und sieht. Hier werden wohl absichtlich beide Augen zugebraut?

Einschulung zu Ostern

Zu Ostern werden alle Kinder schulpflichtig, die bis zum 30. Juni sechs Jahre alt werden. Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September das sechste Lebensjahr vollenden, können ausgenommen werden, wenn sie körperlich und geistig genügend entwickelt sind. Die Kinder sind bis Ende September unter Vorlegung der Geburtsurkunde, die aber nur in bestimmten, in der Schule zu erstagenden Fällen notwendig ist, sowie des Tauf- und Impfscheins beim Rektor der zuständigen Schule anzumelden. Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind, kann die Schuldeputation auf ein Jahr zurückstellen. Für solche Kinder sind Schulkinderergärten eingerichtet. Taubstumme und blinde Kinder, die bis zum 31. März 1930 das vierte Lebensjahr vollendet haben und sich nicht in einer Anstalt befinden, sind im Magistratsbüro IV, An der Magdalenenkirche 10, 3. Stock, Zimmer Nr. 21, anzumelden.

Für unsere Leser ist es eine Selbstverständlichkeit, daß sie ihre Kinder in jedem Falle nicht am Religionsunterricht teilnehmen lassen.

Delegiertenkonferenz

Die Delegiertenkonferenz der antifaschistisch-proletarischen Selbstschutzorganisationen von Breslau findet am Donnerstag, dem 26. September, 20 Uhr, bei Arndt, Malergasse 27, statt.

Woher waren die giftigen Pilze?

Zu der Pilzvergiftung in der Tafelstraße ist jetzt ermittelt, daß die Frau G. die Pilze selbst im Coseler Park gesammelt hat. Die unbefannte Hausfrau war nur vorgeschoben. Die Mutter der beiden verstorbenen Kinder wird nun noch einen Prozeß wegen fahrlässiger Tötung zu erwarten haben.

Die Wasserleitungsarbeiter vor Gericht

Vier Breslauer Wasserleitungsarbeiter standen dieser Tage vor dem Glaser Schöffengericht wegen der Vorfälle auf einer Hochzeit in Ederzdorf im Culenberge. Die Anklage lautete auf Landfriedensbruch, der aber fallengelassen wurde. Die Angeklagten erhielten wegen Beteiligung an einer Rauferei teils erhebliche Geldstrafen.

Thaliatheater: „Ein Glas Wasser“

Lustspiel von Scobie

Ein solches Lustspiel mag vielleicht für die Zeit, in der es spielt, ein Meisterwerk, eine Majestätbelebigung, „unpassend“ gewesen sein. Das war damals, als man „Majestäten“ und Hoflinge für Liebermenschen, sie, ähnlich wie es mit dem Papst jetzt noch geschieht, infolge göttlicher Erleuchtung für unfehlbar hielt. Heute aber, wo wir wissen, daß Fürstentümer bessere Verdrehenester waren (und sind), Königinnen und Könige oftmals mit dem Puzpurmantel geschmückte Irrenstalten, Banditen, die eben deswegen nicht an dem Galgen endeten, weil sie ihre eigenen Richter waren, heute verzichtet man dankend auf solche inhaltslose Kost. An Stelle reizender Satire, die diesem Rad auch den letzten Fetzen Purpur vom degenerierten Körper reißt, ein harmloses, der „hohen Herrschaften“ keine Schwächen gültig und belehrend beschreibendes Werk. Wie im Bilderbuch für ältere Kinder, so zwischen zehn und zwölf Jahren: die böse Hofdame und die, ach, so gute Königin. Einfach albern, so etwas im Jahre 1929 — man möge sich bitte erinnern, daß die Gegenwart das Wort „Zeittheater“ kennt — dem Publikum vorzuführen.

Gewiß, diese Leichtigkeit des keine gezwungene Situationsfabrikation kennender Aufbaues, diese Einfälle sind fabelhaft. Sie zeigen den Meister der Form. Aber die Form allein tut es bekanntlich nicht.

Kurt Ehrhardt führte als Gast die Regie. Eine saubere, das letzte aus dem Stück herausgehobene Arbeit. Hans Frank als Minister, die Dietrich als intrigierende Oberhofmeisterin, Käthe Gold als kleines, sich um den Platz an der Hof-Sonne mühenes Mädchen, sowie Fritz Schmiedel als junger Hauptmann von Groß Gnaden boten gleichmäßig Gutes. Noch anerkanntere Feststellungen seien ihrer Rollen wegen unterdrückt. Rosa Geynd war etwas zu unperförmlich als Muster-Königin.

Keine Wohnungen für die städtischen Arbeiter

Schäbige Haltung des Breslauer Magistrats

Breslau, den 23. September.

Am 20. Juni 1927 hatte die Stadtverordnetenversammlung sich mit einer Vorlage zu beschäftigen, nach welcher der Magistrat um Zustimmung ersuchte, daß zur Beschaffung von Baugeldern für Wohnungen städtischer Bediensteter ein Arbeitgeberdarlehen von 260 000 Mark bereitgestellt würde. Der Magistrat begründete seinen Antrag damit, daß er die äußerst ungünstigen Wohnungsverhältnisse eines großen Teiles der städtischen Arbeiter und ihrer Familien nach Möglichkeit bessern und nach dem Vorbild anderer Städte und Behörden ein sogenanntes Arbeitgeberdarlehen von 260 000 Mark gewähren wolle.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hatte hierzu beantragt, dieses Darlehen um 260 000 Mark, also auf eine halbe Million, zu erhöhen. Weiter wurde von unserer Seite beantragt, daß die herangezogenen Darlehen mit 3 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen sind. Die Ausschüsse 2 und 5, die sich mit der Vorlage und den Anträgen beschäftigten, empfahlen der Versammlung, das Darlehen auf 500 000 Mark zu erhöhen mit der Maßgabe, daß 230 000 Mark für die Siedlungsgesellschaft, wie vom Magistrat vorgeschlagen, verwendet werden. Diesen Beschlüssen der Ausschüsse hat die Stadtverordnetenversammlung dann am 30. Juni 1927 zugestimmt.

Jahrelang warten jetzt aber die städtischen Arbeiter, die selbst nach Ansicht des Magistrats unter den ungünstigsten Wohnungsverhältnissen leben müssen, auf Bereitstellung von Wohnungen mit

Hilfe der von den städtischen Körperschaften bewilligten Arbeitgeberdarlehen. Mittelmehr hat die Siedlungsgesellschaft dem Magistrat aus ihrer Siedlung Klein-Mohr 90 Siedlungswohnungen angeboten für Straßenbahnbedienstete. Die Siedlungsgesellschaft verlangte vom Magistrat für die Bereitstellung der Wohnungen die Vergabe des Arbeitgeberdarlehens in Höhe von 210 000 Mark. Der Magistrat hat in einer der letzten Sitzungen zu diesem Angebot Stellung genommen, und die Vergabe des Arbeitgeberdarlehens an die Siedlungsgesellschaft abgelehnt.

Begründet wurde die ablehnende Haltung mit den finanziellen Schwierigkeiten der Stadt. Damit zeigt der Breslauer Magistrat, daß er unsozialer und reaktionärer eingestellt ist als eine ganze Anzahl anderer Stadtverwaltungen, die, wie er selbst in der Begründung seiner Vorlage vom Juni 1927 angibt, auf diesem Gebiete schon etwas geleistet haben. Die städtischen Arbeiter können sich bei den Kreisen bedanken, die die Notwendigkeit nicht einsahen, der ungeheuren Wohnungsnot in Breslau mit Hilfe städtischer Mittel zu steuern. Durch ihrer Hände Arbeit müssen die städtischen Arbeiter mitfassen, daß die städtischen Finanzen im Gleichgewicht bleiben. Sie haben zu allererst Anspruch darauf, daß der Magistrat als Arbeitgeber ihre soziale Lage verbessert. Millionen von Arbeitern der Betriebswerke werden aus ihren Knochen herausgepreßt. Bei den Wahlen zu den städtischen Körperschaften am 17. November d. J. haben die städtischen Arbeiter die Möglichkeit, mit dem unsozialen Vorgesetzten etwas anzufangen. Sie werden es tun, indem sie den Kandidaten der Kommunistischen Partei ihre Stimme geben

Bürgermeister Macho auf dem „Wege zum Sozialismus“

Ein kommunalpolitischer Vortrag in der Vertreterversammlung des JdV.

In der sicheren Annahme, daß die SPD. auf Grund ihrer jämmerlichen Kommunalpolitik bei den kommenden Wahlen zur Breslauer Stadtverordnetenversammlung eine anständige Schlappe bekommen wird, versuchen die Drahtzieher der SPD., nach Möglichkeit zu retten, was noch zu retten ist. Gewerkschaftsversammlungen müssen dazu herhalten, um in demagogischer Weise bei Mundtotmachung etwaiger Gegner den Versuch zu unternehmen, die Wähler zur Stadtverordnetenwahl erneut einzulassen.

Auf Ersuchen des Vorstandes (lies Wachsn er und Genossen) der Ortsgruppe Breslau des JdV. hatte Bürgermeister Macho Gelegenheit, in der Vertreterversammlung des JdV. über Kommunalpolitik zu sprechen. Mitglieder der KPD. befinden sich nicht in der Vertreterversammlung, da sie auf Grund der Beschlüsse des Kasseler und Kölner Verbandes keinerlei Funktionen im JdV. bekleiden dürfen. Sie werden damit zu Mitgliedern zweiter Klasse gestempelt, die wohl Pflichten, aber keine Rechte haben.

Vor einer dieser Art ausgelesenen Gesellschaft hielt Bürgermeister Macho seinen Vortrag über Kommunalpolitik. Groß war sein Erstaunen, daß sich auch unter Genosse Ammon als Gast in der Vertreterversammlung befand. Auf seine Frage an Wachsn er, „der Ammon ist ja auch da“, wurde ihm erklärt: „Der Ammon ist als Gast hier und darf nicht sprechen.“

Der Macho hielt nun seinen Vortrag über Kommunalpolitik. Der Vortrag war so gehalten, daß man absolut nicht Herrn Macho bemerken brauchte. Ein einfaches Parteimitglied, dem man den Haushaltsplan von Breslau in die Hand drückt und das die Wahlbestimmungen kennt, hätte seine Aufgabe genau so schön gelöst. Wenn Bürgermeister Macho im Laufe seiner Ausführungen auf die Zusammenfassung des Magistrats einging und dabei feststellte, daß eine proletarische Kommunalpolitik mit dieser Mehrheit nicht zu machen sei, so hätte man ihn an Hand von vielen Beispielen nachweisen können, daß die sozialdemokratische Kommunalpolitik sich von der bürgerlichen absolut in nichts unterscheidet. Wer war es denn, der mit den Bürgerlichen für die Herabsetzung der Unterstützungssätze der jugendlichen Erwerbslosen gestimmt hat? Die sofortige Inkraftsetzung dieses Beschlusses wurde dann mit Einstimmigkeit abgelehnt. Solche Dinge muß man erwähnen, wenn man davon spricht, daß die jetzigen Unterstützungssätze des Wohlfahrtsamtes nicht zum Leben ausreichen. Auf Zwischenrufe der Zuhörer wie „Wuma“ und „Miesentum“ wurde Bürgermeister Macho sichtlich nervös. Er erklärte, daß die Zwischenrufer und die Gegner der „Wuma“ Stöckhlfischer seien, die nicht einsehen können, welcher ungeheuren Erfolg die Stadt Breslau

durch die „Wuma“ habe. (Dieser „Erfolg“ wird sich ja in einigen Wochen in Form eines anständigen Defizits zeigen.)

Weiterhin war es die sozialdemokratische Fraktion im Magistrat, die mit den Bürgerlichen den Antrag der Siedlungsgesellschaft auf Vergabe von 210 000 Mark Arbeitgeberdarlehen durch die Stadt, um den Straßenfahrern den Bezug von 90 bereitgestellten Wohnungen in Mohr zu ermöglichen, ablehnten.

Bei Behandlung der Steuer- und der Finanzfragen wußte Macho keinen anderen Weg aufzuzeigen, als alle Maßnahmen der Reichs- oder Landesregierung auf Kürzung der Nebenversteuern — Mehrbelastung in der Sozialpolitik usw. mit gottergebener Ruhe hinzunehmen und eine Ausgleichung des Etats mit Erhöhungen der Preise der Produkte der Betriebswerke, Erhöhungen der Grundvermögenssteuer und Gewerbesteuer zu ermöglichen. Mit diesen Argumenten glaubte Bürgermeister Macho, den Zuhörern den Nachweis zu führen, daß sich die SPD. auf dem Wege zum Sozialismus befindet. Herr Bürgermeister, Sie sind mit Hilfe des Zentrums und der Demokraten, ihrer Koalitionspartner, auf dem Wege zum Sozialismus. Sein Ausdruck „Der Sonne zu!“ wirtte schon mehr theatralisch.

Insoweit, Herr Bürgermeister Macho, der Sonne und der Freiheit zu! Die Möglichkeit ist gegeben, sobald die arbeitenden Schichten der Bevölkerung die künftige Rolle der SPD. erkannt haben und ihr den Fußtritt gibt, den sie für ihre Politik längst verdient hat.

Eine Ansprache über den „interessanten“ Vortrag fand natürlich nicht statt, trotzdem von einigen Vertretern eine solche gewünscht wurde. Vor lauter Sorge, doch noch eine Ansprache zu lassen zu müssen, schloß Wachsn er kurzerhand die Versammlung, ohne den vierten Tagesordnungspunkt erledigt zu haben. Man sieht also die schlotternde Angst dieser Heiden vor einer Ansprache über kommunalpolitische Probleme. Das wird uns natürlich nicht hindern, im kommenden Wahlkampf diese Probleme öffentlich zu diskutieren, wobei die SPD. sehr schlecht wegkommen wird.

Wenn die Herrschaften um Wachsn er glauben, die Ortsgruppe des JdV. als eine Filiale der SPD. zu betrachten, um ihr trübes Parteipapier locken zu können, so wird man sie auf die Finger klopfen müssen. Die Angestellten lehnen es ab, sich als Zuträger für die Koalitionspolitik der SPD. benutzen zu lassen, deren Segnungen sie täglich am eigenen Leibe verspüren, und werden am 17. November der Kommunistischen Partei ihre Stimme geben.

Mittwoch, 19,30 Uhr

Gesamt-Funktionärsitzung

der Parteiorganisation Groß-Breslau in der „Wratislawia“, Mauritiusplatz kleiner Saal. Gen. Stadtrat Ammon spricht über die Kommunalwahlen in Breslau. Mitgliedsbücher mitbringen!

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau
— Stadtrat Vorb. Dienstag 19.30 Uhr Funktionärsitzung bei Kiffke, Adlerstraße, Ede-Niederstraße. Bezirksleitungs-Vereiner anwesend.
— Sonntag, Dienstag 20 Uhr in der „Krone“ Gesamtdelegiertenversammlung. Tagesordnung: kommunalpolitisch. Jedes Mitglied muß erscheinen.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau
— Nord. Mitgliederversammlung am Dienstag bei Käßler, Treibmühlstraße 56. Bericht von der Bezirkskonferenz. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt Pflicht.
— West. Genosse, hast du dein Mitgliedbuch in Ordnung. Dienstag 19.30 Uhr im Buchkontrolle im „Kuglerheim“. Anschließend Mitglieder-Versammlung.
— Ost. Dienstag 20 Uhr. Versammlung im neuen Heim, Boigtstraße. Erscheinen aller Genossen Pflicht.

Rang-Spartakus-Bund

Breslau
— Gruppe West. Dienstag Gruppenabend. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Breslau
— Süd. West. Zentrum. Montag bei Kapf. Mariamentstraße 17. Versammlung. Gäste willkommen.

Freie Arbeitervereine

Breslau
— West. Freie Arbeitervereine. Montag 19.30 Uhr Gamberger-Saal.
— Ost. Ostener Vor. Montag 20 Uhr bei Soultz, Adalgerstraße. Versammlung.

Nach Mitschlag und am Ende rauschender Beifall des fast vollen Hauses.

Stadttheater. „Salome.“ Richard Strauß, heute der Liebingskomponist der Bourgeoisie, der mit seltener Geschicklichkeit versteht, aus seinen Produktionen Kapital zu schlagen, war am Anfang seiner Laufbahn bahnbrechend für unsere heutigen atomalen Musiker. Ein gradezu klassisches Beispiel dafür ist seine „Salome“, außer dem „Rosenkavalier“ hat er gleich Wertvolles nicht mehr geschaffen. Der blutrünstige biblische Stoff, nach einer Dichtung von Oscar Wilde, wurde durch Strauß geschickt und bühnenwirksam verarbeitet, und durch die musikalische Sprache besonders eindringlich gestaltet. Im Gegensatz zur verlogenen Melodie Richard Wagners, wirkt hier alles ungemein echt und überzeugend. Die Aufführung unter der ausgezeichneten Leitung von Adolf Wienz war ein Erfolg; er wäre noch gesteigert worden, wenn Erila Darbo als Salome stimmlich mehr hätte einfügen können; darstellerisch fehlte es ihr an echter Sinnlichkeit. Mit einem Stich ins „Mondane“ allein ist es nicht getan. Ausgezeichnet dagegen der Herodes von Gustav Wünsche, die beste Leistung des Abends. Walter Barth zeigte als Johanaan, daß er wertvolles Material besitzt, dem es jedoch an Kultur noch gebricht. Das Judenquintett war schlimm geraten; gewiß, es ist sehr schwer, aber Strauß wußte schon, was er wollte. Der junge Tenor Bötzler zeigte gute Ansätze, zuweilen wird aber die Stimme falsch behandelt. Die Jugenerie, für die Herr Steinschneider zeichnete, war geschmackvoll.

Schauspielhaus. („Friederike.“) Neben Ilse Ruth als Friederike gastiert ab heute der lyrische Tenor Alexander Haber als Oberst, welcher in dieser Rolle im Theater des Westens (Berlin) sich einen vollen Sieg errungen hat.

Waldenburger Bergland

Mit der Grubenfunze durchs Waldenburger Land

Über die Gehälter für Reichsminister und Reichspräsidenten habe ich mich in der Mittwoch-Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ informiert. Ich bin nun bereit, weil ich annehme, daß 86.000 Mark für einen Minister, 45.000 Mark für einen Panzer-Müller und 10.000 Mark für einen Urgründer Hindenburg so ziemlich zum Leben reichen können. Außerdem 8000-120.000 Mark Aufwands-gelder und anscheinlich Summen für repräsentative Aufwendungen. Denen und noch vielen anderen, welche irgendwo an einer repräsentativen Krippe sitzen, hat die Republik das gebracht, was sie von ihr erhofften. Und die Arbeiter? Soweit sie nicht vernagelt sind, verfluchen sie das Geblöde von Republik, weil ihnen zum Leben nichts gegeben wird.

In Nieder-Salzbrunn traf ich einen 45-jährigen Ewerdslofen aus Ventmannsdorf, der den weiten Weg nicht scheute, hier Arbeit zu suchen. 12 Mark Wohlfahrtsunterstützung bezog die Ausgestoßene für sich, Frau und vier Kinder. Das Vermögen um Arbeit war wieder erfolglos, weil er zu alt ist. Der Herr wollte vor Wit und ging gebückt seines Weges. Oben Behntausende von Mark, unten Wenigke. Hier reichen nicht mehr Worte aus, um diese Ungerechtigkeiten zu schildern, und es gilt nur das eine Wort, dem die Tat zu folgen hat: „Kampf!“

In der Dredwacht erscheint in dem Inseratenteil der Sonnabend-Zeitung eine Todesanzeige, welche die Frauengruppe des Vereins ehemaliger Feldartilleristen, Ortsgruppe Waldenburg, ihrer verstorbenen Kameradin Martha Mai widmete. Dazu wäre wenig zu sagen, wenn nicht August Mai als Parteimitglied wäre und als solcher folgenden Vereinigungen angehört: Reichsbanner, Verein ehemaliger Feldartilleristen, Niederschlesischer Verband und zu gleicher Zeit Hausbesitzerverband. (Mai ist Hausverwalter, Mai ist Schiedsmann, Funktionär der Volkshilfe und zugleich Agent kapitalistischer Versicherungen.) Es kommen wohl dann noch dazu Kleinfuhr, Gartenbau und Frischereien. Seine Frau war außerdem Mitglied der evangelischen Frauenhilfe. Das ist so die Illustration eines Kampfers für den Sozialismus. Nicht der einzige Sozialdemokrat wird das sein, welcher mit Hilfe der ehemaligen Feldartilleristen den Sozialismus aufbauen will.

Wenn ich vorigen Sonnabend den Langwälderdorfer Schönfnecht besuchte, so hatte ich dabei übersehen, daß Otto Bürgerlicher Gemeindevorsteher ist und als solcher aus reiner Christenliebe dem Invaliden wegen Betreten seines Grundstückes das Geld aus der Tasche zog. Dieser Tage flatterte mir im Oberdorf umweil der Post ein Brief in die Hand mit dem Gemeindefeld: „Groselofische“. Hier ist nicht ein im Volksmund so genannter Pitz gemeint, sondern eine Frau, welche auf einer Wiese Kräuter suchte. Auf den Hilferuf des Bekümmerten empfing die bürgerliche Berichterstatterin des Friedländer Wochenblattes eine Portion Krugel mit einem dicken Knäuel. Sie schreibt auch bisweilen im Kalender des Dredwacht-Leder-Paul, ihres Geistesverwandten.

Der Standesbeamte und bürgerliche Gemeindevorsteher macht bei Ausschreiben von Geburtsurkunden mehr Krach, als notwendig ist, da paßt dieses und jenes nicht. Er sollte das alles in Ruhe erledigen.

Satt von dem Getriebe im Langwälderdorf, wo man nur von Angeigen, dicken Knäpeln und Gummiknäpeln hört, ging ich nach Schmidtsdorf, in dem Glauben, bei einem Schoppen alles Aufregende zu vergessen. Kaum daß ich ruhete, betrat der „A33“-Verkäufer ohne Zeitung das Lokal. Zwischen ihm und dem Wirt entspann sich ein Wortgefecht, und lechzter warf den Gast, weil er ja bloß Arbeiter war, aus dem Lokal. Sogar bei seinen Berufskollegen ist der Wirt als Rausschmeißer bekannt. Tagesgen kennt man den „A33“-Verkäufer als Gemütsmenschen.

Der Kampf um die Aufstellung der Stadtverordneten-Kandidatenliste der SPD. in Waldenburg ist beendet, nachdem der „Gummiknäuel“ auch da zum Recht gekommen ist und seinen Platz eroberte.

Die bürgerliche Fraktion der Gemeindevertretung in Weißhain ist eine Fraktion ohne Köpfe geworden und befindet sich im Schleppschau der SPD. Man nenne diese zwei zusammen: Milchmädchen-Fraktion.

Katzen- und National-Franze, seines Reichens Wagenkondamniert auf der Davidgrube, ist zum Bauer degradiert worden, was die dumms mit Zufriedenheit hören. Das Umziehen aus der Mannschafbedeckung in die der Seiger sowie die Anschaffung eines großen Christus-Bildes haben kein „Abrutschen“ nicht verhindert.

Jonon.

Wagen geht in der Spiegelhütte durch

A. R. In der Spiegelhütte konnte im letzten Moment ein größeres Unglück vermieden werden. Ein Eisenbahnwagen, welcher von Arbeitern gezogen wurde, ging durch und überfuhr das dem Betriebe gehörige Fuhrwerk. Ein Pferd wurde auf der Stelle getötet, während das zweite sich losreißen konnte und in den Stall rannte. Der Krach kam mit dem Schrecken davon.

Lerni Stenographieren!

Überall muß die Schrift dazu dienen, das Gesehene oder Gehörte fest (oder den Gedanken) für später festzuhalten, um stets Gebrauch und Nutzen davon zu haben. Der Arbeiter-Stenographen-Bund Arends tritt für Verbreitung der Arends'schen Kurzschrift ein, um diese als Volksschulschrift einmal auch allen Arbeitern schon in der Schule beizubringen. Jede Arbeiterorganisation kann großen Nutzen als auch Ersparnisse von Zeit und Geld haben, wenn ihre Funktionäre und Mitglieder sich der Arends-Stenographie bedienen. Am 25. September beginnt ein Anfänger-Kursus; Anmeldungen, Auskünfte und Schmitteln sind erhältlich durch J. Siegert, Schweidnitz, Herrenstraße 22. Im Dezember d. J. wird auch ein Lehrbuch der Stenographie Arends für Anwendung in der Welt-Hilfssprache Esperanto herausgegeben werden. Näheres für Interessenten durch G. Richter (Stadttrat) in Laß in Baden.

Oberes Revier

Langwälderdorf. Nur Hilfsbedürftigenunterstützung. Nachträglich wird uns noch mitgeteilt: Es heißt fest, daß der verstorbene Heilmann Heinrich keine Kriegsgrenate und keine Reichsgrenate bekommen hatte, weil er als Simulant bezeichnet worden ist. Er hatte nur Hilfsbedürftigenunterstützung unter großen Schwierigkeiten von der Gemeinde Langwälderdorf erhalten. Heilmann war Mitglied der Kriegsberechtigten und des Jubiläumsverbandes.

Königszeit

Eine öffentliche Gemeinde-Beratersitzung findet am Montag, dem 23. September, 20.15 Uhr, im Gemeindebüro statt. Die Tagesordnung ist aus dem Anschlag zu ersehen.

Siriegau

„31 Mark Monatslohn für schwere Arbeit“

Zu der unter dieser Ueberschrift am Mittwoch vor acht Tagen erschienenen Arbeiterkorrespondenz sendet uns Herr Hauke aus Wickenburg folgende Berichtigung: „Es ist nicht richtig, daß Heinrich Barthel 10 Jahre alt ist. Richtig ist, daß er 17 Jahre alt ist und den ihm zustehenden Lohn gemäß Landarbeiterlohnstarif erhalten hat. Es ist weiter nicht richtig, wenn gesagt wird, daß ein Grund von mir gesucht wurde, den Barthel zu entlassen. Richtig ist vielmehr, daß Barthel selbst gekündigt hat und lediglich deshalb von mir schon vor Ablauf der Kündigungsfrist entlassen wurde, weil er mir in letzter Zeit abfälligen Schaden zufügte und sich renitent gegen mich benahm. Zu dieser Entlassung war ich gemäß § 16 der vorläufigen Landarbeitervorschrift berechtigt.“

Zu der „Berichtigung“ des Herrn Hauke sei bemerkt: Die Tatsache, daß der Jungarbeiter 31 Mark Monatslohn erhielt, streitet er nicht ab. Daß diese Bezahlung unter Carl liegt, haben wir nicht behauptet. Ob der Jungarbeiter 10 oder 17 Jahre alt war, ist schließlich nebensächlich, wie es auch nebensächlich ist, wer das Arbeitsverhältnis gekündigt hat. Hauke hätte lieber keine Berichtigung schreiben sollen, denn seine „Berichtigung“ ist lediglich eine Verschleierung.

Mit kochendem Wasser verbrüht. Am Waschtage wollte die Frau des Geschäftsfreisenden Schoenig ihren beiden Kindern ein Ei

Aus den Schweidnitzer Betrieben

Zum 1-ten Male die Firma Weise

Eine Baustelle, wie sie nicht sein soll, bildet die Firma Weise aus Schweidnitz. Es herrscht ein absonderliches Unternehmertum. Am meisten tut sich der Sohn Fritz hervor, der den Namen Flappert führt. Er stellt sich stundenlang dazu nach dem Grundsatz: „Arbeit ist zu schön, stundenlang könnte ich zusehen“. Er mangelte an allem und jedem. Wird z. B. etwas mehr Zement benötigt, als er für gut befindet, erklärt er, die Arbeiter müßten den Mehrverbrauch bezahlen. Das ist stets sein zweites Wort: „Das müssen Sie bezahlen.“ Wenn er nichts bezahlt verlangen kann, dann droht er mit Entlassung. Die Einrichtung von Handlegierten und deren Aufgaben sind der Firma Weise ganz unbekannt. Sie versucht, Ueberstunden anzusehen, ohne mit den Handlegierten darüber zu sprechen. Als die Handlegierten gegen dieses Verfahren Einspruch erhoben, denn es ist bei Weise üblich, erst Ueberstunden, dann Entlassungen, da erklärte der Chef einem Delegierten insofern: „Sie sind der erste, der fliegt, wenn Sie nicht ruhig sind!“ Das Handwerkszeug, das die Firma liefert, befindet sich in einem unerhört schlechten Zustande. Wenn die Arbeiter mit solchen Schaufeln kämen, würde ihnen Freund Flappert schöne Reden halten. Die Baubude ist derartig fehlerhaft, daß es bei dem geringsten Regen durchregnet, die Arbeiter müssen dann trotz Regen und Kälte im Freien ihre Pausen verbringen.

Und wieder Heiber

Die schon mehrfach bemühtete Metallwarenfabrik Heiber in Schweidnitz läßt die Arbeiter zwar Ueberstunden schuften, auf der anderen Seite hat sie aber kein Geld, um die schwer verdienten

Lochen. In einem unbewachten Augenblick riß das zweijährige Kind den Kopf mit dem bereits kochenden Wasser herunter. Es erlitt so schwere Verbrühungen, daß es trotz sofortiger ärztlicher Hilfe nicht gerettet werden konnte.

Schweidnitz

Das Alphabeten-Diktierkorps

(Arbeiterkorrespondenz)

Wir berichteten kürzlich von einem Offizier, der in Oberweißritz die Wegehilfen nicht lesen konnte. Das scheint gar keine Seltenheit zu sein. Dieser Tage ritt ein Artillerieoffizier in Schweidnitz vom Sportplatz durch das Rosarium, unbekümmert darum, daß an beiden Seiten der Promenade große Verboisshilfen angebracht sind. Ja, die Reichswehr kann es sich leisten. Ein Arbeiter, der sich verspätet hat und durch die Promenade der Abführung wegen mit dem Kade fährt, bekommt sofort ein Strafmandat. Die Offiziere bleiben unbestraft und dürfen sich noch über die Menschen, die sie auf ihre Verboisshilfen aufmerksam machen, listig machen.

Autounfall in Groß-Merzdorf

In Groß-Merzdorf passierten zwei Autozusammenstöße. Ein kleiner Panomag war mit einem anderen Wagen zusammengefahren. Dadurch verjagte bei dem Panomag das Steuer, und er kam ins Schleudern. In diesem Moment raste auch schon ein dritter Wagen heran. Wegen zu schneller Tempos konnte der Chauffeur den Wagen nicht halten und fuhr in den Panomag hinein. Beide Autos mußten abgeschleppt werden.

Groschen den Proletariern auszuzahlen. Wenn der Sonnabend kommt und der Lohn ausgezahlt werden muß, dann erfährt der Arbeiter, daß ihm der Arbeitgeber noch 10-16 Mark „aufhebt“. Erst wenn dann im Laufe der Woche zusätzlich Geld eingezahlt wird, wird der Unterschied nachgezahlt. Die Arbeiter von Heiber sind mit ihrer Geduld bald am Ende.

Die schon so gefeierten Ktoridäye sind Herrn Heiber immer noch zu hoch. Er stunt ständig nach, wie er das Lebensniveau seiner Arbeiter weiter herabschieben kann. Dabei helfen ihm gewisse Arbeiter, die durch den Titel „Vorarbeiter“ glauben, mit den Proletariern nichts mehr zu tun zu haben. Eine solche Kreatur ist auch der Vorarbeiter Gittler. Unter der Maske der Freundschaft macht er sich an die Akordarbeiter heran und spendiert dafür eine Flasche Bier. Während der Unterhaltung fragt er dann nach den Kniffen, wie es möglich ist, bei diesem oder jenem Sache noch zu verdienen. Natürlich werden dann die Sätze gedrückt. Arbeiter, seht euch geschloß zur Wehr!

Die jüdische Firma Kronwerke Schweidnitz für Hilder!

Die Goldgrube der Demokratenhauptlinge Schöer-Schweidnitz und Kron-Berlin ist natürlich „unparteiisch“ und beschäftigt als kaufmännischen Leiter den Stahlheller M. A. S. H. A. D. Dieser edle Zeutone hat kürzlich erklärt, bei den Kron-Werken würden in Zukunft nur noch Nazis eingestellt. Die Arbeiter können hieraus ersehen, daß die Nazis tatsächlich von der Industrie ausgehalten werden und daß die ganze Sippchaft nur eine Suppe kocht: Hohe Dividenden und Hungerlöhne!

Niederschlesien

Görlitz

Die Arbeitsmarktlage wenig verändert

Durch Wiedereinstellungen und Ausschüßarbeiten ist die Zahl der Arbeitsuchenden in dieser Woche etwas zurückgegangen. In der Landwirtschaft konnten einige Leute zum Maschinenbruch und zur beginnenden Hafruchtuntergebracht werden. In der Gruppe der Industrie der Steine und Erden sind in einem Steinbruch gegen 65 Steinarbeiter entlassen worden. Durch Inbetriebsetzung einer stillgelegten Glaschleiferei wurde eine Anzahl Glaschleifer vermittelt. Von der Porzellanindustrie werden Arbeitskräfte angefordert. Einige Tafelglasmacher kamen zur Entlassung. Im Metallgewerbe ist eine leichte Besserung zu vermerken, im Holzgewerbe hat sich geringe Beschäftigungsmöglichkeit für Bautischler und Stellmacher. Durch Einschränkung des Betriebes eines Sägewerkes kamen gegen 40 Arbeiter und Arbeiterinnen zur Entlassung. Auch im Holzgewerbe konnten einige Arbeitsuchende untergebracht werden. Für Angehörige der Gruppe Lohnarbeit wechselnder Art bot sich für Erd- und Straßenarbeiten geringe Beschäftigungsmöglichkeit. Die Lage der Angehörigen bleibt unverändert schlecht. Arbeitsuchende im Bezirk Görlitz 3555, in Stadt Görlitz 3543.

Penzig

Kasernenhofen auf der Adlerhütte

Über das Benehmen des Direktors Fuße von der Adlerhütte haben wir schon einmal berichtet. Als früherer Gardeoffizier kann er es nicht lassen, die Arbeiter im Betriebe anzubrüllen, wie seine früheren Rekruten. Kreuzbergs fuhrgewerke er um die geleistete Mehrarbeit. Es war auf der Adlerhütte bisher leider so üblich, daß beim Offentemern zwölf Stunden gearbeitet wurde. Nicht genug, daß der Arbeiter zwölf Stunden ununterbrochen sich in der stinkenden Hütte aufhalten muß, bezahlte man ihm die geleistete Mehrarbeit nicht, und das alles unter Duldung des reformmißigen Betriebsrates. Ein Arbeiter, der es bedauerte, nicht sofort abgelehnt zu haben, protestierte gegen den Zwölftaubentag durch den Betriebsrat und forderte die Bezahlung der von ihm geleisteten Mehrarbeit. Der Direktor ließ den Arbeiter zu sich kommen und attackierte ihn brüllend mit den Worten: „Sie bestehen auf Ihrer Forderung, fürs Faulenzen gebe ich kein Geld! Sie sind ein Kusse, es ist besser, Sie machen wieder nach Russland. Ich werde mir Sie vom Halbe schaffen. Sie haben mir schon immer (als Kommunist) Schwierigkeiten gemacht.“ Der Arbeiter blieb diesem „alten Soldaten“ die Antwort nicht schuldig. Unter anderem sagte er ihm, daß es Menschen gäbe, die gar nichts tun, die nur spazieren gehen von einer Hütte zur anderen, und dabei ein Gehalt bekommen, das das Fünftel seines Lohnes ausmache, und die sich die Arbeiter leider immer noch nicht vom Halbe geschafft haben. Gebuld, Herr Direktor, die Zeit ist nicht mehr ferne, wo die Arbeiterklasse nicht nur Sie, sondern das gesamte Bourgeoise-Gehämme sich vom Halbe wimmeln wird.

Liegnitz

Coblenzwerk in der Handschuhfabrik Alexander

Am 14. September gelangte in die Hände des Betriebsrates obiger Firma ein Schreiben, in dem Herr Alexander mitteilt, daß er den Reichslohstarif (Reichsmantellarif) kündigt und daß die ganze

Belagshalt von der Ortsklasse 1 in Klasse 2 versetzt wird, was gleichbedeutend ist mit Lohnabbau. Weiter erklärte er, daß er aus dem Fabrikantenverband ausgetreten ist und den Kampf gegen seine Arbeiter selbst führen wird. Der Betriebsrat nahm sofort Stellung dazu und beschloß, der Belagshalt den Vorschlag zu machen, daß wer noch Urlaub zu beanspruchen hat, diesen, wenn er seine Arbeit fertig hat, antritt. Es fand eine Betriebsvereinbarung statt, in der dieser Vorschlag angenommen wurde. In der anschließenden Verhandlung mit dem Fabrikanten erklärte Herr Alexander: „Wenn diese Maßnahme durchgeführt wird, dann bin ich erledigt.“ Es sollte daher weiter gearbeitet werden. Zugleich drohte er mit der Betriebsstilllegung. Durch diese Drohung ließ sich der sozialdemokratische Betriebsrat einschüchtern und der kaum gefasste Beschluß wurde verworfen. Es wird weiter gearbeitet.

Arbeiter, laßt euch nicht um euren knappen Lohn betrügen! Nehmt den Kampf auf, schießt ihn auf eigene Faust! Gebt diesem verätherlichen Betriebsrat die Quittung und wählt eine Kampfleitung aus den energiegelichsten Kollegen! Nur so könnt ihr zum Ziele kommen!

Liebesummer-Rachspiel. Wie wir erfahren, ist gegen den „Liebesvollen“ Herrn Engelmann ein Ermittlungsverfahren im Gange. Die ersten Vernehmungen haben bereits stattgefunden. Hoffentlich findet Herr E. verständnisvolle Behörden und Richter. Vielleicht ist auch bei der bevorstehenden Verhandlung eine Gerichtsassessorin zugegen, die man eventuell einmal in den „Krm“ zwicken kann.

Goldberg

Todessturz von der Treppe. Der Sattlermeister und Stellenbesitzer Hermann Max aus Bilgramsdorf stürzte abends auf der Treppe ab. Er zog sich so schwere innere Verletzungen zu, daß er im Krankenhaus gestorben ist.

Hilflos aufgefunden wurde der Reisende Herbert Heinke, der mit seinem Motorrad verunglückt war, besinnungslos neben seiner Maschine. Er wurde mit inneren Verletzungen in das Diakonissenkrankenhaus eingeliefert.

Br. e. Laßen

Bericht aus Hirschberg über nationalsozialistische Versammlung kann nicht gebracht werden, da wir Berichte ohne Namensangabe prinzipiell nicht veröffentlichen.

Schauspielhaus Operettenbühne Tel. 36300 Täglich 8 Uhr Der Sensationserfolg Friederike mit Hilse Muth Friederike und Alex. Haber Goethe	Stadttheater Breslau (Opernhaus) Spielplan vom 23. bis 29. September 1929 Montag, 19.30 Uhr Die Gauberkäte Dienstag, 20 Uhr Abonnements-Vorstellung Serie F 2 Maschinist Populus Mittwoch, 20 Uhr Abonnements-Vorstellung Serie G 2 Don Pasquale
	Ziegenhals 7

Oberschlesien

Das wahre Gesicht des Zentrums

In den Kreisen der Arbeiter herrscht kaum mehr ein Zweifel darüber, daß das Zentrum die Partei der Unternehmer, der Geldsücker und Diebsteher ist, daß die Arbeiter mit dieser Partei nichts gemein haben können. Trotzdem ist es wichtig, immer wieder den Mantel der Nächstenliebe zu lassen, damit der Arbeiter den Herd nicht flucht, der sich darunter verbirgt. Die neueste Gelegenheit, das zu tun, ist so unverkennbar und gemein in ihrer Wirkung, daß sie einer besonderen Unterzeichnung bedarf.

Bei einer Einwohnerzahl von rund 180 000 hat die Stadt Hindenburg etwa 8000 Wohnungsuchende, zum Teil Arbeiter, die entweder erwerbslos, oder irgendwo für einen Hungerlohn von 120—150 Mark monatlich beschäftigt sind. Die Stadt Hindenburg baut ohnehin nur sehr wenig Wohnungen. Sie hat wohl Geld für Kirchen, Klöster und Schulen, aber Wohnungen für Arbeiter sind Luxus, und werden nur spärlich erstellt. Der Knalleffekt bei dieser Wohnungspolitik ist der, daß die wirklich gebauten Arbeiterwohnungen in ihrem Mietsfuß so hoch sind, daß der Arbeiter sie nicht bezahlen kann, also auf die Wohnung verzichten muß. Er müßte sonst ihren halben Monat arbeiten, bloß um die teure Miete für eine mehr als bescheidene Wohnung zu zahlen.

Diese Umstände waren der Grund dafür, daß die Kommunisten bei den Stadtberatungen den Antrag stellten, daß in den Etat für 1920 eine größere Summe für Verbilligung der Kleinwohnungen eingelegt wird. Schließlich haben damit die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat beschlossen, 40 000 Mark in den Etat einzusetzen, damit die Wohnungen verbilligt werden können. Es sollte demnach keine Wohnung mehr als 80 Mark pro Monat kosten, der Rest sollte aus dem 40 000-Mark-Fonds zugelegt werden.

Nun hat die Regierung, an deren Spitze der frühere Oberbürgermeister von Hindenburg, Dr. Lufschel, steht, diese Summe aus dem Etat gestrichen. Die Regierung hat die Streichung damit begründet, daß die Stadt Hindenburg in ihrem Etat einen Fehlbetrag von rund 600 000 Mark aufweist.

Uns als Kommunisten war schon immer klar, daß die Regierung versuchen wird, den Etat auf Kosten der Arbeiter zu balancieren. Wir hatten auch den gläubigen Zentrumsmann Lufschel als den geeignetsten für solche Methoden. Er bringt es fertig, die Streichung dieser Mittel vorzunehmen und dabei das süßeste Lächeln aufzusetzen. Das selbsten ist wichtig, denn Lufschel ist nicht Meier oder Schulze, Lufschel ist pro-

minenten Führer des Zentrums, er ist der Pilgerprediger vom Annaberg, er „pendet“ bei den Zentrumslagungen den Arbeitern „neuen Mut und Kraft zum täglichen Lebenskampf“. Er ist Oberpräsident der Provinz, und kennt als früherer Oberbürgermeister von Hindenburg die soziale Schichtung der Bevölkerung ganz genau. Er weiß, daß die Wohnverhältnisse der Arbeiter die denkbar schlechtesten sind. Lufschel hat sich um andere, besonders um Arbeiter, nie Sorge gemacht. Ihm war die für Bürgermeister Jeneel gebaute Villa zu schön, und es würde gegen die Stimmen der Kommunisten im Parlament, ihm eine zweite Villa für mehr als 300 000 Mark gebaut. Sie steht heute noch leer, und dem neuen Ober wird vermutlich wieder eine neue gebaut werden müssen. Unter Lufschels Regime war es, daß den Kamillanern zum Klosterbau 200 000 Mark Regierungsgebeur geschenkt wurden. Unter Lufschels Regierung in Hindenburg liegt die Schuldenlast der Stadt von elf auf dreißig Millionen Mark. Für den Fünf-Minuten-Empfang des „Raten“ Hindenburg hat Lufschel 40 000 Mark herausgeworfen. Derselbe Lufschel streicht jetzt für die Verbilligung von Arbeiterwohnungen 40 000 Mark, ohne mit der Wimper zu zucken.

Die Streichung dieser Summe bedeutet, daß die bescheidenen Wohnungen nicht 30, sondern 45 und 50 Mark monatliche Miete kosten werden, daß also der Arbeiter diese Miete nicht bezahlen kann, und auf diese Wohnung verzichten muß, das heißt: Du, Prolet, mußt weiter im Keller oder in irgendeinem elenden Loch mit deiner Familie hausen, und ohne Luft und Sonne verfaulen und verrotten. So hat es die hohe zentralistische Regierung verfügt! Gottes Wege sind wunderbar, und er fährt es herrlich hinaus. So im Bibelwort, anders und gräßlich in der Praxis.

Wir werden uns in Hindenburg, im Stadtparlament, über diesen unerhörten Fall noch unterhalten. So seltsam wie sich das die bürgerlichen Zeitungen machen, ist für uns der Fall nicht. Die „Deutsche Morgenpost“, das Blatt der Schwerindustrie, weiß nur zu sagen: „Die Hindenburger sind erstaunt.“ Nein, liebe Tante der Schwerindustrie, die Hindenburger Arbeiter haben die Nase voll, und sie werden sich gegen solche Methoden entscheiden zur Wehr setzen. Zunächst werden sie als Wähler am 17. November bei den Kommunalwahlen dem Zentrum die Dultung geben, indem sie Kommunisten wählen, und im übrigen werden sie aktiv mit den Kommunisten kämpfen um die Vernichtung und Beseitigung eines Systems, das die Proletarier bis aufs Blut peiniget.

Gleiwitz

Sozialistengesetz in neuer Auflage

Unter der Ägide sozialdemokratischer Polizeipräsidenten erhebt das Sozialistengesetz in Reinkultur. Altem Recht zuwider, gehen diese Anordnungen der Bourgeoisie dazu über, die 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts wieder aufzulegen. Von Tag zu Tag werden die Polizeihorden frecher. Sätze werden abgetrieben, die Versammlungen der SPD und der proletarischen Organisationen unter Polizeikontrolle gestellt. Schon oftmals haben wir Achtgroßensungen des Polizeipräsidenten Bed bei ihrer schmutzigen Arbeit festgestellt. Aber immer noch rechtzeitig konnten sich diese Burgen verdrücken. Jetzt versucht Bed's Polizei, die Lokalbesitzer zu Achtgroßensungen dienstlichen Heranzuziehen. Hier wollen wir einen von den vielen Fällen herausgreifen.

Am Mittwochabend tagte in Petersdorf eine Versammlung der Gewerkschaftsopposition des DMV. Die Polizei klaterte den Gasthausbesitzer an, wieviel und was für Leute sich versammelt haben, und was diese Leute dort besprechen. Der November-Sozialist Bed wird es wahrscheinlich nicht wissen, daß diese Methoden, nur etwas offener, während des Sozialistengesetzes angewandt wurden. Unter seiner Ta hat es aber Kreaturen, die das ganz genau kennen. Warum das, ihr sozialdemokratischen Bourgeoisialakaten? Wir sagen es euch! Die SPD soll durch diese schändlichen Methoden vernichtet werden. Herr Bed samt Ihren Achtgroßensungen, Sie werden sich alle täuschen! Ihre schändlichen Kampfmethoden werden uns erst recht Ansporn sein, den Kampf zum Sturz der Bourgeoisie samt ihrer sozialfaschistischen Brut vorwärtszutreiben.

Bahnstreckproben

Der berüchtigte Bahnschutz hat sich wieder einmal nach seiner Art ausgetobt. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend, gegen 1,30 Uhr, wurden wieder einmal die Warterräume geräumt. Da ja so außerordentlich gut für die Obdachlosen gesorgt wird, kommt es vor, daß jetzt, in den schon kalten Nächten, solche Obdachlose in den Warterräumen die Nacht verbringen. Die Jagd auf diese Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung scheint den sadistischen Bahnschützern ein Herzensbedürfnis zu sein. Mit aller Brutalität geht der Bahnschutz gegen diese Menschen vor. In der betreffenden Nacht wurden die Obdachlosen aus den Warterräumen und vom Bahnhofsvorplatz direkt heruntergeprägt. Bewohner der Neuborfsstraße hörten die Schläge auf die Opfer des Bahnschutzes niederprasseln, und das Geschrei der Vermissten.

Gegen diese Bahnschutzbrutalität muß energig Front gemacht werden. Es ist nicht das erste Mal, daß der Bahnschutz so vorgeht. Die Behörden unternehmen nichts dagegen. Der Bahnschutz ist ein Stück ihrer Bürgerkriegstruppe. Der schärfste Kampf der gesamten Arbeiterklasse muß es aber fertig bringen, diese Eiterbeule zum Platzen zu bringen.

Steigen der Einwohnerzahl!

Die Einwohnerstatistik der Stadt Gleiwitz zeigt in den letzten Monaten nach einer Abwärtsbewegung in der Einwohnerzahl ein langames, aber stetiges Anwachsen. Im Monat Mai wurden 106 778 Einwohner notiert, am 1. September wurden dagegen insgesamt 107 418 Einwohner gezählt, so daß in den letzten vier Monaten Gleiwitz um 638 Einwohner zugenommen hat. Der Monat Juli schloß mit 107 004 Einwohnern ab, so daß ein Zuwachs von 414 Einwohnern in den letzten Wochen zu verzeichnen war. Das Verhältnis der Zu- und Abgänge im Monat August zeigt folgendes Bild: Zugezogen sind 107 Familien mit 518 Köpfen. Zur ständesamtlichen Beurteilung kamen im Vormonat August 191 Geburten, und zwar 94 männlichen und 97 weiblichen Geschlechts sowie 80 Sterbefälle, 46 männlichen und 34 weiblichen Geschlechts.

Drei Meineide, ein Mord

Nachstehend bezeichnete Sachen kommen in der 4. Schwurgerichtsperiode unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Jacob zur Verhandlung: a) Gegen Zimmermann B. Korus, aus Elguth,

Fahrze, wegen Meineides, am 23. September 1920, 9 Uhr; b) gegen Sägewerksarbeiter S. Stürk, wegen Meineides, am 23. September 1920, 9 Uhr; c) gegen Hausdiener J. Korzella aus Beuthen, wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todeserfolg, am 25. September 1920, 9 Uhr; d) gegen A. Komollik, Schnebergeselle aus Schimmlitzschütz, wegen Mordes, am 28. September, 9 Uhr; e) gegen Arbeiter A. Stürk, wegen Meineides, am 27. September 1920, 9 Uhr; f) gegen Ehefrau G. Boenisch, geborene Gorisch, aus Hindenburg, wegen Abtreibung, am 27. September 1920, 10,30 Uhr.

Hindenburg

„Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach“

Dieses Wort des neuen Testaments ist auch heute noch von Fall zu Fall am richtigen Platze. Und auffallend dabei ist, daß es sich bei diesem Ausdruck von Christus am Delberg um seine Nachfolger bzw. um solche Leute handelt, die vorgeben, seine Stellvertreter auf Erden zu sein. Bekanntlich soll ja ein Geistlicher von 24 Uhr ab weder schlafen, trinken, noch sonstwie ländigen, da er ja um sechs Uhr morgens die Messe lesen muß. Aber es läßt sich doch nicht vermeiden, daß auch die vom Herrn „Gesalbten“ hier und dort „aus den Latschen kippen“. Lechteres kann um so leichter geschehen, wenn es sich um die eigene Geburtstagsfeier des Pfarrers Nielot mit anschließender gemüthlicher Sauferei handelt.

Jedenfalls mußten im vorliegenden Falle vierzehn Flaschen Wein daran glauben. Pfarrer und katholischer Gesellenverein waren bis 1,30 Uhr selig. Es ist aber kein Wunder, denn wenn man ausgerechnet in einem Stadtteil „Seelsorger“ ist, in dem das Gespenst des Volkshemismus umgeht, wenn man gezwungen ist, täglich sich mit ausgemachten „Angläubigen“ zu plagen, dann kann man verstehen, daß man wenigstens einmal im Jahre, und zwar am eigenen Geburtstage, alle Mühen und Plagen des täglichen Lebens im Rheinwein erfaßt, auch wenn es dabei etwas später als zulässig wird.

Wir wollen derothalben auf „unseren guten Seelsorger“ keinen Stein werfen. Aber wir wollen mit Entschiedenheit die Doppelzüngigkeit und Heuchelei festnageln, die von Moral und Entsagung trieft und sich am Wein befaßt. „Christus“ hat seine Pappenheimer schon im Garten Gethsemane erkannt: „Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach!“

Die Hilfsbedürftigen sollen verreden

Anlässlich der letzten Stadtverordnetenversammlung vom 27. August stellte der Stadtverordnete Szepainji, ein Hospitant des Zentrums und sogenannter Vertreter der Kriegsgeschädigten, einen Antrag, für Sozialrentner, Diarbarne, Kriegsgeschädigte und Hinterbliebene ist ein Winterzuschuß zu zahlen, der dann in den Monaten Januar, Februar und März wieder von der Zusatzrente in Abzug gebracht werden soll. Dieser Antrag charakterisierte den „Vertreter“ der ärmsten Schichten sehr treffend. Szepainji ist der Mann, der in Versammlungen der Kriegsgeschädigten die Vorbereitungen für seine eigene Gehaltssteigerung trifft.

Die kommunistische Fraktion hat in derselben Stadtverordnetenversammlung gegenüber dem Antrag von Szepainji einen eigenen Antrag eingebracht, der die Zahl der zu unterstützenden um die Erwerbslosen erweitert und für alle Gruppen Winterbeihilfen fordert, die nicht zurückgezahlt werden brauchen. In der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag der Kommunisten einstimmig angenommen. Die Einstimmigkeit dieses Beschlusses war an sich nichts Neues. Fand die Zustimmung doch in aller Öffentlichkeit statt, wobei die bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertreter die „feinen Leute“ gegenüber den Notleidenden sein wollten.

In der letzten Magistratsung, als der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung kam, zeigten die bürgerlich-sozialdemokratischen Vertreter ihr wahres Gesicht. Sie wandten sich unter Führung des sozialdemokratischen Bürgermeisters wie die Schlange nach rechts und beschlossen schließlich, den Klein- und Sozialrentnern, den Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen nur einen Zuschuß zu geben, der später wieder abgezogen werden soll. Nur die

Kommunisten handten zu ihrem Stadtverordnetenbeschlusse, und so werden das auch immer sein.

Die Vermissten der Armen müssen sich das merken. Die „christliche Nächstenliebe“ des Zentrums und das „soziale Verständnis“ der Sozialdemokraten sind arbeiterfeindlich.

Beuthen

Hauspächter vernagelt leerstehende Wohnungen

Aus dem hausfälligen Hause auf der Stilianowitzer Chaussee sind endlich die Mieter in anderen Wohnungen untergebracht worden. Ein Teil von diesen Mietern kam ins städtische Obdachloshaus. Dort werden sie zwar gefahrt, aber doch wenigstens genug auf eine andere Wohnung warten müssen. Eine Familie erhielt in der Stadt eine Privatwohnung zugewiesen, die frei stand. Beim Einzug stellten sich jedoch Hindernisse in den Weg. Der Hauspächter wollte nämlich, obwohl er eine schöne Wohnung hat, auch noch diese Wohnung für sich haben. Deshalb vernagelte der Hauspächter die leerstehende Wohnung, und wollte so das Einziehen der Mieter aus dem hausfälligen Hause verhindern. Erst mit Hilfe der Polizei und eines Schlossers gelang es, den Einzug in die Wohnung zu bewerkstelligen.

Wir sind sicher, daß der neue Mieter Höllenqualen von diesem Hauspächter auszuhalten haben wird. Bald vielleicht wird die gleiche Polizei, die jetzt beim Einzug half, den Mieter ermüthieren. Was gelten alle Befehle für die bespöndelnde Klasse? Nichts, einen Fegen-Papier!

Ratibor

Verpflichteter Kirchenbesuch wird bestraft

A. R. Die Kontordatsrepublik wird von den Pfaffen und den Dienern des Pfaffenstums wehrlich ausgeübt. In der Markowitzer katholischen Volksschule werden die Kinder mit allen Mitteln zum Kirchendienst herangezogen. Der Rektor F. legt sein Hauptgewicht bei der Erziehung der Kinder auf den Kirchenbesuch. Vielleicht hat der Rektor seine Erzieherfähigkeiten und versucht diese durch den Kirchenbesuch der Kinder zu erzeigen. Zweimal in der Woche müssen die Kinder schon um 8 1/2 Uhr in die Kirche, obwohl der Unterricht erst um 8 Uhr beginnt. Kommen die Kinder nicht oder zu spät in die Kirche, so werden sie bestraft und noch vor den anderen Kindern verächtlich gemacht. Als Strafarbeiten läßt der pfäffliche Rektor die Kinder ein halbes Heft voll schreiben: „Ich soll nicht zu spät in die Kirche kommen.“ Während des Unterrichts werden sogar die Kinder zum Singen bei Hochzeitsfeiern und dergleichen Anlässen gezwungen.

Die Arbeiterkinder sind über diese Art der Erziehung empört. Sie fordern von der Aufsichtsbehörde die sofortige Beseitigung dieser Zustände. — Wir setzen allerdings keine Hoffnung auf die Aufsichtsbehörde, denn diese ist durch die Kontordatsrepublik mit dem Pfaffenstum auf Tod und Leben verbunden. Hier müssen sich die Arbeiter selbst helfen durch Abmelden ihrer Kinder vom Religionsunterricht!

Wohnungsnot steigt!

Nach einer Statistik beträgt die Ziffer der Wohnungsuchenden mehr als 2500. Gegenüber den letzten Jahren und Monaten ist ein ständiges Steigen der Wohnungsuchendenziffer festzustellen. Zur Bekämpfung der Wohnungsnot tut aber die Stadt herzlich wenig. Hier bei diesem Problem muß einmal energig eingegriffen werden. Die Stadt verschwendet genug Geld, und da müssen auch Mittel für den Bau von billigen Wohnungen flüssig gemacht werden können.

Kreuzburg

SPD. von den Erwerbslosen zum Teufel gejagt

Die SPD. berief großmäulig für den 19. September eine Versammlung der Erwerbslosen ein. Nur etwa 50 Erwerbslose sind dem Rufe der SPD. gefolgt. Als Referent sollte Kuhn-Oppeln erscheinen. Er zog es aber vor, verhindert zu sein, und beauftragte den schwarzrotgoldenen Malikola mit dieser Versammlung. Während des 20-Minuten-Referats Malikolas murrten schon die Erwerbslosen. Unsere Genossen Adamiek und Staron sprachen zur Diskussion und rechneten unter der Zustimmung des größten Teiles der Erwerbslosen mit den SPD-Vertretern ab. Die Erwerbslosen waren so empört, daß die SPD-Gesellen Malikola u. Co. die Versammlung fluchtartig verlassen mußten. Sie verkündeten noch, daß sie nichts mehr für die Erwerbslosen machen werden.

Na, bis jetzt haben diese Salonsozialisten noch nichts, außer der Verschlechterung für die Erwerbslosen, getan. Ihre Drohung macht die SPDler nur lächerlich. Die Erwerbslosen stehen zur roten Front und werden zur Reichstagsversammlung unter Führung der SPD. gegen die Koalitionsstieber demonstrieren.

Oppeln

Von der Hebammenlehranstalt

Am Freitag tagte die Anstaltskommission für die Hebammenlehranstalt in Oppeln. Der Haushaltsplan ergab im großen ganzen keine Aenderung, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß keine größere Ausgaben deshalb gemacht werden, weil der Neubau der Anstalt anscheinend doch in greifbare Nähe gerückt ist. Die Verhandlungen mit den Kommünen dürften in aller nächster Zeit stattfinden. Wir sind neugierig, ob den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen wird, oder ob Lokalpatriotismus die Anstalt dahin bringt, wo sie nicht für alle erreichbar ist. Oppeln soll, soweit wir unterrichtet sind, weitgehende Konzessionen gemacht haben. Der Haushaltsplan selbst schließt in Einnahme und Ausgabe mit 278 000 Mark ab. Zuschußbedarf ist 170 000 Mark. Belegt ist die Anstalt mit 94 Patienten. An Personal sind 37 Personen einschließlich der Ärzte vorhanden. Außerdem sind 37 Hebammenschülerinnen in der Anstalt.

Vom Provinzialauschuss

Am Freitag, dem 18. Oktober, und Sonnabend, dem 19. Oktober, findet in Kreuzburg die nächste Provinzialauschussung statt. In Verbindung damit soll eine Besichtigung einer Kirche in Kreuzburg, die für die Anstalt Kreuzburg gekauft (1) werden soll, stattfinden. Weiterhin finden weitere Besichtigungen provinzieller Anstalten statt. — Auf den beschichtigten unndigen Kirchenbau werden wir noch besonders zurückkommen.

Essentielle Quittung!

Auf der Baustelle Pfarrstraße, Firma A. G. I. Abt. Bauausführung, Gleiwitz, wurden von einem Kollegen zur Finanzierung der Erwerbslosenbewegung 6,60 Mark gekammelt. Kollegen Notstandsarbeiter, macht es weiter so.

Achtung, Hausfrauen!

Zu dem kürzlich unter dieser Überschrift erschienenen Artikel bittet uns die Firma Gade u. Smolnik mitzutheilen, daß die Propaganda ihres Milchveräufers nicht bekannt war. Die Firma ist bereit, sofort dieses Uebel abzustellen.

